

Die Kommunistische Partei Chinas vor dem Zusammenbruch? Politische Konsequenzen der Wirtschaftsreformen und die Zukunft der kommunistischen Herrschaft in China

Heilmann, Sebastian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heilmann, S. (1995). *Die Kommunistische Partei Chinas vor dem Zusammenbruch? Politische Konsequenzen der Wirtschaftsreformen und die Zukunft der kommunistischen Herrschaft in China*. (Berichte / BIOst, 58-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42182>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung

.....
4

1. Die Kommunistische Partei unter Wandlungsdruck

.....
6

1.1. Die Nachfolgefrage und die neue technokratische Führungsgeneration.....8

1.2. Die Neuordnung der Beziehungen zwischen Zentrale und Regionen.....10

1.3. Innerparteiliche Organisationsreformen und die Macht der Parteisekretäre.....11

1.4. Die Parteimitgliedschaft: Verstärkung und Überalterung.....12

1.5. Die Basisorganisationen der KPCh: Auflösungserscheinungen und Gegenmaßnahmen.....13

1.6. Korruption: Ein Kampf auf "Leben und Tod" für die Partei.....15

1.7. Identitäts- und Orientierungskrise in der Partei.....16

1.8. Zusammenfassung: Innerparteiliche Strukturen im Wandel.....17

2. Die Kontrolle der Partei über das politische System

.....
18

2.1. Partei und Staat: Differenzierung und Kontrolle.....18

2.2. Partei und Armee: eine systemtragende Allianz.....22

2.3. Partei und Unternehmen: Die Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Eliten.....24

2.4. Partei und Gesellschaft: Vom leninistischen Kommandosystem zum autoritären Korporatismus
.....26

3. Stabilitätsfaktoren: Die Machtgrundlagen der kommunistischen Herrschaft

.....
29

3.1. Das Machtmonopol der Partei.....30

3.2. Der Zusammenhalt der zentralen Parteiführung.....	30
3.3. Die Angst vor dem Chaos.....	31
4. Szenarien der künftigen politischen Entwicklung	
.....	
31	
4.1. Kollaps-Szenario: Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft und Zerfall Chinas.....	32
4.2. Szenario der "Modernisierung von oben": Zentralisierte politische Steuerung und schrittweise institutionelle Erneuerung.....	33
4.3. Szenario des permanenten Krisenmanagements: Schwächung zentralisierter Steuerung und strukturelle Instabilität des politischen Systems.....	35
4.4. Einschätzung der Szenarien und Ausblick.....	36
Summary	
.....	
38	

31. Oktober 1995

Die vorliegende Arbeit ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser, Dr. Sebastian Heilmann, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Asienkunde in Hamburg.

Redaktion: Gudrun Wacker

Sebastian Heilmann

Die Kommunistische Partei Chinas vor dem Zusammenbruch?

Politische Konsequenzen der Wirtschaftsreformen
und die Zukunft der kommunistischen Herrschaft in China

Bericht des BIOst Nr. 58/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Gegenstand dieser Studie ist die Stellung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) in einem sich rasch wandelnden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld. Das erste Kapitel widmet sich dem innerparteilichen Strukturwandel und untersucht organisatorische und ideologische Veränderungen auf den verschiedenen Ebenen der Parteihierarchie. Im zweiten Teil wird der Frage nachgegangen, inwieweit Machtmonopol und Kontrollstrukturen der Kommunistischen Partei gegenüber Staatsinstitutionen, Militär, Wirtschaft und Gesellschaft grundlegenden Modifizierungen unterworfen sind. In einem dritten Abschnitt werden die Machtgrundlagen der kommunistischen Herrschaft zusammengefaßt, um in einem abschließenden Teil den Entwicklungstendenzen nachzugehen, die sich aus dem tiefgreifenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Wandel in der VR China ergeben. Zu diesem Zwecke werden Zukunftsszenarien dargelegt, die die Bandbreite alternativer Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigen.

Personalpolitische Spekulationen sind nicht Gegenstand dieser Studie. Vielmehr sollen strukturelle Wandlungsprozesse und Entwicklungslinien herausgearbeitet werden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auch über kurzfristige personelle Veränderungen hinaus wirksam bleiben werden.

Ergebnisse

1. Die Transformation der chinesischen Wirtschaft hin zu einem dezentralisierten, markt- und exportorientierten System geht mit einer schrittweisen Lockerung der politischen und ideologischen Kontrollstrukturen der KPCh einher. Die zentralisierte Kommandohierarchie der Kommunistischen Partei wird durch Korruption, politische Illoyalitäten und eine ideologische Orientierungskrise zusehends geschwächt.
2. Parteiorganisation und Funktionärsschicht haben sich als Ergebnis der Wirtschaftsreformen neue politische Funktionen und Interessen zu eigen gemacht: Die ideologische Kontrolle tritt immer stärker hinter das Management der Wirtschaftstransformation zurück. Diese Entwicklung fördert einerseits die Flexibilität und Wirtschaftsnähe der politischen Institutionen, begünstigt andererseits aber die Herausbildung weitläufiger Korruptionsstrukturen.
3. Die Mechanismen der politischen Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft sind einer schrittweisen Transformation unterworfen: Das alte Regime direkter Parteikontrolle wird zusehends durch neue indirekte Formen einer autoritär-korporatistischen Aufsicht abgelöst. Die chinesische Funktionärsschicht arrangiert sich mit den neu entstehenden Kräften der Wirtschaftsgesellschaft: Die Besonderheit des chinesischen "Kaderkapitalismus" - die enge

gegenseitige Verflechtung von staatlichen Institutionen bzw. Funktionären einerseits sowie Unternehmen und Wirtschaft andererseits - findet sich in unterschiedlicher Ausprägung in allen Sektoren des Wirtschaftssystems.

4. In der chinesischen Gesellschaft sind beachtliche Unruhe- und Spannungspotentiale zu erkennen. Die Bereitschaft zur offenen Revolte gegen das kommunistische Regime ist gegenwärtig jedoch auf einzelne soziale Gruppen begrenzt, die die Parteiführung durch eine Kombination aus wirtschaftlichen Zugeständnissen und harter Repression im Zaum hält. In China entwickeln sich bisher nur äußerst zaghaft gesellschaftliche Kräfte, die imstande wären, politische Mitsprache und institutionelle Neuerungen zu erstreiten.
5. Die Parteikontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft hat sich in ihrem Charakter verändert. Die überkommenen leninistischen Kontrollstrukturen sind jedoch weiterhin bedeutsam im Bereich der Kader- und Personalpolitik (Nomenklatura-System), der inneren Sicherheit (Parteikontrolle über Justiz- und Sicherheitsapparat) und der Militärpolitik (Politkommissarsystem). Auf den wichtigsten Kommandoebenen der Armee sind die Strukturen der Parteikontrolle weiterhin intakt und in der Lage, eine permanente Aufsicht über militärische Aktivitäten zu gewährleisten.
6. Die Beijinger Parteizentrale beweist gegenwärtig einen starken Zusammenhalt. Die schweren Auseinandersetzungen um die Nachfolge Deng Xiaopings, die seit Jahren erwartet werden, sind bisher ausgeblieben. Der Generationswechsel in der nationalen Führung kann seit 1994 als im wesentlichen abgeschlossen gelten. Die tagespolitische Verantwortung lastet nun uneingeschränkt auf den Schultern der jüngeren technokratischen Führungsgeneration um KP-Generalsekretär Jiang Zemin.
7. Drei Szenarien umreißen die Bandbreite möglicher künftiger Entwicklungen in der VR China: a) Das "Kollaps-Szenario" (Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft und Zerfall Chinas), b) das "Szenario der Modernisierung von oben" (zentralisierte politische Steuerung und schrittweise institutionelle Erneuerung) und c) das "Szenario des permanenten Krisenmanagements". Aus heutiger Sicht besitzt das Szenario des permanenten Krisenmanagements die größte Wahrscheinlichkeit: Gegenwärtig zeichnen sich weder ein vollständiger Ordnungszusammenbruch noch eine dauerhafte innere Stabilisierung Chinas ab. Aufgrund der mangelnden Bereitschaft zu durchgreifenden institutionellen Reformen und angesichts eines außerordentlich hohen politischen Problemdrucks (Fragen der soziale Sicherung, Landwirtschaft, Staatsunternehmen, Korruption, Umweltzerstörung etc.) ist es unwahrscheinlich, daß sich in der VR China mittelfristig ein gefestigtes Regierungs- und Rechtssystem wird herausbilden können. Auch ist damit zu rechnen, daß sich innerhalb Chinas künftig noch ausgeprägtere regionale Sonderentwicklungen nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern möglicherweise auch im Bereich der politischen Strukturen herausbilden werden. Anhaltende soziale und politische Instabilität wie auch regionale Differenzierung werden China für die internationale Politik und Wirtschaft zu einem schwer berechenbaren Partner machen.

"Wenn wir die Wirtschaft nicht voranbringen, dann wird unsere Partei möglicherweise stürzen. Auch wenn wir die Wirtschaft voranbringen, sich die Korruption aber weiter ausbreitet..., kann es sein, daß unsere Partei darüber stürzen wird."

(KP-Generalsekretär Jiang Zemin am 28. Februar 1994 in einer Rede vor der Zentralen Disziplinarkontrollkommission, Renmin Ribao, 6.3.1994)

1. Die Kommunistische Partei unter Wandlungsdruck

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) erscheint auch heute noch als formidable politische Organisation: sie verfügt gegenwärtig über rund 55 Millionen Parteimitglieder; jährlich kommen mehr als anderthalb Millionen neue Mitglieder hinzu. Die knapp sieben Millionen Führungskader der Partei sitzen an allen wichtigen Schalthebeln der chinesischen Politik. Armee, Sicherheitsorgane, Gewerkschaften und Unternehmerverbände werden gleichermaßen von Parteifunktionären kontrolliert. Zur Kommunistischen Partei gibt es in China derzeit keine organisatorische Alternative und Konkurrenz.

Die machtvollen Fassaden der offiziellen Parteiinstitutionen können jedoch nicht die zunehmend porösen, labilen Fundamente verbergen, auf denen der Zusammenhalt der KPCh ruht: Korruption, politische Illoyalitäten und ideologische Orientierungslosigkeit haben sich auf allen Ebenen der Parteiorganisation ausgebreitet. Für diese Entwicklung sind einerseits Abnutzungseffekte und Desillusionierungen ursächlich, die sich nach Jahrzehnten des revolutionären Kampfes (1921-1949) und repressiver Klassenkampfkampagnen (1949-1978) einstellten. Darüber hinaus aber hat die von der Kommunistischen Partei selbst eingeleitete Politik wirtschaftlicher Reform und Öffnung (seit 1979) die Erosion der Grundlagen der Einparteiherrschaft beschleunigt, indem sie das politische System vor völlig neue, grundlegende Herausforderungen stellte: Die Transformation der Wirtschaft hin zu einem dezentralisierten, markt- und exportorientierten System geht mit einer schrittweisen Lockerung der politischen und ideologischen Kontrollstrukturen einher.¹

Anders als in den osteuropäischen kommunistischen Regimen vor 1989 sind also nicht wirtschaftliche Stagnation und wirtschaftsstrukturelle Verkrustungen, sondern gerade die Erfolge der chinesischen Wirtschaftsreformen ursächlich für die Schwächung der Einparteiherrschaft: die hohe Wachstumsdynamik (durchschnittlicher Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von mehr als 8% in den letzten fünfzehn Jahren) und der rasche, marktorientierte Strukturwandel (nur knapp 10% der Industrieproduktion werden heute noch über den zentralen Plan gesteuert, rund 60% des industriellen Outputs werden von nicht-staatlichen Betrieben produziert). Mit der überkommenen Kommando- und Planungshierarchie des leninistischen Parteistaates ist der wirtschaftliche und soziale Wandel immer weniger zu steuern.²

¹ Vgl. Ch'i Hsi-sheng, *Politics of Disillusionment: The Chinese Communist Party under Deng Xiaoping, 1978-1989*, Armonk/New York 1991; Gordon White, *Riding the Tiger: The Politics of Economic Reform in Post-Mao China*, Stanford 1993.

² Zur Transformation des chinesischen Wirtschaftssystems vgl. Carsten Herrmann-Pillath, *Marktwirtschaft in China: Geschichte - Strukturen - Transformation*, Opladen 1995.

Wie man den damit einhergehenden Herausforderungen an das politische System begegnet, wird von der chinesischen Führung offen als Überlebensfrage für die Kommunistische Partei eingeschätzt.¹ Trotz dieser Erkenntnis ist der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel bisher nicht von einer umfassenden Neuordnung des Regierungssystems begleitet. Abgesehen von einzelnen institutionellen Reformen, die als Antwort auf Erfordernisse der gesamtwirtschaftlichen Stabilität zu interpretieren sind (etwa im Finanz- und Steuersystem sowie im Zentralbankwesen),² wird die notwendige Elastizität und Anpassungsfähigkeit der politischen Institutionen bisher vornehmlich hinter den Kulissen des "ancien régime" gewährleistet: Parteiorganisation und Funktionärsschicht machten sich im Laufe der achtziger und neunziger Jahre neue Funktionen und Interessen zu eigen. Die ideologische Kontrolle trat immer stärker hinter das Management der Wirtschaftstransformation zurück. Parteikader waren und sind aufgefordert, mitten im wirtschaftlichen Geschehen zu stehen und sich an der Umgestaltung der Unternehmens- und Wirtschaftsstrukturen aktiv zu beteiligen. So entwickelten große Teile der chinesischen Funktionärsschicht dank der mit den Wirtschaftsreformen verbundenen Chancen zur privaten Bereicherung (unter Einschluß von Verwandten, Freunden, Protégés) ein starkes Eigeninteresse daran, die Transformation des Wirtschaftssystems voranzutreiben.

In den ökonomisch dynamischsten Regionen Chinas erscheint die Kommunistische Partei inzwischen zum Teil als Partei der Manager. Denn dort hat sich ein dichtes persönliches Beziehungsgeflecht zwischen Kadern und Unternehmern entwickelt, und die Tätigkeit von Partei- und Staatsorganen ist heute oft untrennbar mit privaten wirtschaftlichen Interessen verwoben. Der Funktionswandel der Parteiorganisation fördert die Wirtschaftsnähe der chinesischen Behörden, begünstigt zugleich aber die Ausbildung weitläufiger Korruptionsstrukturen.

Die wirtschaftliche Dynamik hat zwar grundlegende Verschiebungen der Funktionen und Interessen von Partei und Funktionärsschicht nach sich gezogen. Die leninistischen Kontrollstrukturen der Partei sind jedoch weiterhin bedeutsam: Dies gilt in besonderem Maße für die Kader- und Personalpolitik (Nomenklatura-System), für die Militärpolitik (Politkommissarsystem) und für die innere Sicherheit (Parteikontrolle über Justiz- und Sicherheitsapparat). Leninistische Strukturen wirken in diesen Bereichen fort, auch wenn sie in ihrer Funktionsfähigkeit teilweise geschwächt scheinen. (Siehe im Detail 2.1. und 2.2.) Zur Schwächung des Zusammenhalts der Parteiorganisation trägt ganz wesentlich die Tatsache bei, daß die praktische Bedeutung ideologischer Indoktrinierung und Linientreue im Sinne des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen im Niedergang begriffen ist. Regionale und lokale politische Führungen sind durch die Bewältigung konkreter wirtschaftlicher und sozialer Probleme vor Ort fast vollständig absorbiert. Lokale Parteifunktionäre können ihre Berechtigung, verbindliche politische Entscheidungen zu fällen, nur dadurch legitimieren, daß sie wirtschaftliches Wachstum und möglichst breite Einkommenszuwächse fördern.³ Wenn sie die Macht behalten wollen, können sie das immer weniger

¹ Vgl. etwa *Renmin Ribao* (hinfort: *RMRB*), Beijing, 30.9.1994.

² Vgl. Sebastian Heilmann, "China auf dem Weg zum Föderalismus? Neue Strukturen im Verhältnis zwischen Zentrale und Regionen", *China aktuell*, Juli 1995, S.573-589, bes. 578-581.

³ Aufschlußreich für diesen Wandel der Legitimationsgrundlage sind die Interviews in Zhang Xuanguo et al. (Hg.), *'94 Zhongguo shengwei shuji shengzhang zonglun jingji dashi* (Chinesische Provinzparteisekretäre und Provinzgouverneure des Jahres 1994 sprechen zwanglos über die Entwicklungstendenzen der Wirtschaft), Beijing 1995.

mit Hilfe der von der Parteizentrale propagierten Ideologien rechtfertigen. Unter diesen Bedingungen können Beijings politisch-ideologische Appelle zur Einheit der Parteiorganisation nur noch wenig beitragen, da sie nicht mit ideologischen Säuberungskampagnen wie in der Mao-Ära verbunden werden.

1.1. Die Nachfolgefrage und die neue technokratische Führungsgeneration

Neben den vielfältigen politischen und sozialen Veränderungen, die von den Wirtschaftsreformen hervorgerufen wurden und auf die im folgenden im Detail einzugehen sein wird, hat eine andere, innerparteiliche Entwicklung weitreichende Bedeutung für Gegenwart und Zukunft des kommunistischen Systems in China gewonnen: Das biologisch bedingte Abtreten der Revolutionsveteranen und der Aufstieg einer technokratischen Führungsgeneration auf den höheren Ebenen der Parteihierarchie.¹

Die Regelung der Führungsnachfolge und die damit verbundenen innerparteilichen Auseinandersetzungen haben in der Geschichte der Volksrepublik China mehrfach zu einer Destabilisierung des politischen Systems geführt. Deng Xiaoping hat sich im Verein mit anderen Revolutionsveteranen darum bemüht, Vorkehrungen für die Zeit nach seinem Tod zu treffen. Auf den Shanghaier Aufsteiger Jiang Zemin wurden seit 1989 die Positionen des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission und des Staatspräsidenten vereinigt. Jiang steht somit an der Spitze von Partei, Armee und Staat. Er wird als "Kern" des Führungs- und Entscheidungszentrums präsentiert, zu dem noch die sechs anderen Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros gehören.

Es hat sich in der Geschichte der chinesischen Kommunistischen Partei mehrfach erwiesen, daß formale Führungspositionen keine Garantie für die Machterhaltung über den Tod der politischen Patrone hinaus darstellen. Dennoch kann man der amtierenden chinesischen Parteispitze, verglichen mit nahezu sämtlichen Führungsgremien der vergangenen Jahrzehnte, einen starken Zusammenhalt attestieren. KP-Generalsekretär Jiang Zemin ist inzwischen mehr als sechs Jahre, und damit länger als all seine Vorgänger in den achtziger Jahren, im Amt. Er hat seine Machtstellung durch gezielte Umbesetzungen und Beförderungen loyaler Gefolgsleute ausbauen können. Zur Zeit genießt er die Unterstützung der wichtigsten Partei- und Militärführer, denen bewußt zu sein scheint, daß die Einheit des Führungszentrums angesichts vielfältiger zentrifugaler Kräfte im politischen System die einzige Garantie für die Aufrechterhaltung der Einparteiherrschaft darstellt. Ob diese Überlebensgemeinschaft auch im Falle einer größeren innenpolitischen Krise zusammenhalten wird, bleibt abzuwarten.

Allerdings sind die schweren Macht- und Richtungskämpfe, die viele Chinabeobachter schon seit Jahren innerhalb der Beijinger Führung heraufziehen sehen, bisher ausgeblieben. Die Machtzentrale in Beijing steht aufgrund der politischen Veränderungen im In- und Ausland in einem Existenzkampf, der den Zusammenhalt gestärkt hat. Im Gegensatz zu früheren Zeiten scheint die akuteste Gefahr einer innenpolitischen Destabilisierung zur Zeit nicht von Konflikten innerhalb der

¹ Vgl. Liu Jen-Kai, *Chinas technokratische Führungselite in der Nachfolge Deng Xiaopings*, Hamburg 1994; Hong Yung Lee, *From Revolutionary Cadres to Party Technocrats in Socialist China*, Berkeley 1991.

Beijinger Machtelite auszugehen, sondern vielmehr von der Schwächung des organisatorischen Zusammenhalts auf den unteren Ebenen des Parteiapparats sowie von schwerwiegenden Verwerfungen innerhalb der chinesischen Gesellschaft. (Siehe 1.6. und 2.4.)

Der Generationswechsel in der nationalen Führung kann seit 1994 als im wesentlichen abgeschlossen gelten: Viele der mächtigsten Veteranenkader (etwa Deng Xiaoping und Peng Zhen) sind aufgrund ihres Alters und Gesundheitszustandes nicht mehr in der Lage, die Tagespolitik kontinuierlich mit persönlichen Weisungen zu begleiten. Zwar sind die verbliebenen Veteranen als Patrone jüngerer Gefolgsleute und als Konfliktschlichter weiterhin einflußreich. Aber die tagespolitische Verantwortung lastet nun uneingeschränkt auf den Schultern der jüngeren Führungsgeneration um Jiang Zemin.

Die politische Führungsschicht der VR China hat einen profunden Wandel während der Reformperiode seit 1979 durchgemacht. Einst wurde die Führung dominiert von ländlichen Revolutionären, deren Autorität sich aus Jahrzehnten des bewaffneten Kampfes ableitete. Die heutige Führungsschicht besteht jedoch zu einem großen Teil aus Technokraten, die gekennzeichnet sind durch eine Ausbildung (oft Hochschulausbildung) in technischen Disziplinen (Ingenieurswesen) und durch ihre langjährigen Arbeitserfahrungen in Parteiapparat und Wirtschaftsbürokratie. Während sich 1982 nur etwa 12% der ZK-Mitglieder in die Kategorie der Technokraten einordnen ließen, waren es nach dem XIV. Parteitag 1992 rund 70%. Auch auf regionaler Ebene hat sich das Bildungsprofil der Parteifunktionäre gegenüber den frühen achtziger Jahren stark verbessert: 80% der Leitungskader auf Kreis-, Bezirks- und Provinzebene sollen inzwischen über einen höheren Schulabschluß verfügen.¹

Das soziologische Profil der chinesischen Funktionärsschicht unterliegt einem tiefgreifenden Wandel. Junge, gut ausgebildete Technokraten sind auf dem Vormarsch. Es handelt sich um Personen, die ihre Karriere nicht dem revolutionären Kampf und auch nicht bloßer ideologischer Linientreue zu verdanken haben; vielmehr können sie sich auf ihre Sachkenntnisse vor allem für die Ziele der Wirtschaftsförderung berufen. Mit dem Aufstieg einer technokratischen Führungsgeneration halten zwar neue Vorstellungen im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit politischer Institutionen Einzug: Amtswillkür, Korruption und regionale Egoismen werden etwa von der heutigen Beijinger Führung offener kritisiert als zu Zeiten Maos und Dengs; auf die Orthodoxie pochende Ideologen sind in der jüngeren Führungsgeneration nur noch selten zu finden. Aber die Bemühungen der technokratischen Führung um eine Effizienzsteigerung der politischen Institutionen zeitigen nur geringe Wirkung: Die Durchsetzbarkeit von politischen Entscheidungen der Beijinger Zentrale hat in den anderthalb Jahrzehnten der Reform abgenommen. Die heutige Parteispitze muß große Rücksicht gegenüber den gewachsenen regionalen, ressortspezifischen, militärischen und patronagebedingten Interessen walten lassen, die innerhalb der Parteiorganisation vertreten sind.²

Die Vielfalt der innerparteilichen Interessen hat mit dem Aufstieg der neuen Führungsgeneration

¹ Li Cheng/Lynn White, "The Army in the Succession to Deng Xiaoping: Familiar Fealties and Technocratic Trends", *Asian Survey*, Vol.33, No.8 (1993), S.757-785, hier S.784. Zang Xiaowei, "Provincial Elite in Post-Mao China", *Asian Survey*, Vol.31, No.6 (1991), S.512-525, hier S.516. Xinhua News Agency, 30.12.1994, nach BBC, *Summary of World Broadcasts/The Far East* (hinfort: *SWB/FE*), 31.12.1994; *South China Morning Post*, 7.11.1994.

² *China aktuell*, Oktober 1994, Übersicht 6.

keineswegs abgenommen. Folglich werden Richtungs-, Macht- und Flügelkämpfe trotz des Generationswechsels auch in der Zukunft ihre Fortsetzung erfahren. Eine besondere Rolle werden in diesem Zusammenhang regionale Interessen spielen, die eine wachsende Bedeutung für die innerparteiliche und innerstaatliche Willensbildung gewonnen haben.

1.2. Die Neuordnung der Beziehungen zwischen Zentrale und Regionen

Obwohl es sich beim Staat der VR China wie auch bei der KPCh formal um hochzentralisierte, unitarische Organisationen handelt, war das politische Eigengewicht der regionalen Führungen bereits in den ersten drei Jahrzehnten der kommunistischen Herrschaft (1949- 1979) durchweg beachtlich. Mit der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik erfuhr das Verhältnis zwischen Zentrale und Regionen jedoch eine qualitative Veränderung: Die Dezentralisierung wirtschafts- und finanzpolitischer Entscheidungs- und Verfügungskompetenzen wurde zu einem Kernelement der Reformbemühungen erhoben; den regionalen Führungen wurden in der Wirtschaftspolitik zum Teil sehr weitreichende eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt. Neue Grundmuster der politischen Willensbildung und Interessendurchsetzung begannen sich im Verhältnis zwischen Zentrale und Regionen herauszubilden.¹

Im Laufe der achtziger Jahre trat immer stärker die Durchsetzung regionaler Interessen in den Vordergrund, die oft nur noch wenig Rücksicht auf die Erfordernisse der gesamtwirtschaftlichen Stabilität (etwa die Eindämmung der Inflation durch Begrenzung öffentlicher Ausgaben und Investitionen) nahm. Die Verselbständigungstendenzen in manchen Regionen gingen so weit, daß Weisungen der Zentrale zusehends weniger beachtet oder gar systematisch umgangen wurden. Regionale Sonderentwicklungen gewannen eine neue Qualität: Die Entstehung regionaler Märkte und Entwicklungsstrategien, die geringe Handelsverflechtung zwischen den Provinzen, die außenwirtschaftliche Orientierung der Küstenregionen und das unübersehbare Wohlstandsgefälle zwischen Küste und Inland stellen das politische System vor neue Probleme und Regelungserfordernisse.

Die Parteizentrale kann die eigenwilligen regionalen Führungen nicht mehr so strikt wie früher auf die nationale Politik verpflichten: Die Zeit der Kommandowirtschaft und der ideologischen Disziplinierungskampagnen ist vorbei. Die rasch wachsende Komplexität des dezentralisierten Wirtschaftssystems und die darin ständig neu auftretenden Regulierungsprobleme erfordern fortlaufende Kompromisse von den politischen Führungen in Beijing und in den Provinzen, um den Fortgang der Wirtschaftsreformen zu sichern. So bildete sich ein mehrstufiges Verhandlungssystem heraus, das Ansätze zur Begrenzung zentralstaatlicher Machtbefugnisse und zur Herausbildung einer vertikalen Gewaltenverschränkung zwischen Zentrale und Regionen aufweist.

Allerdings hat die Parteiorganisation trotz dieser weitreichenden Veränderungen bisher ihre Monopolstellung in der politischen Willensbildung aufrechterhalten können. Die weitgespannten Beziehungs- und Patronagenetze innerhalb der Parteiorganisation besitzen eine integrierende Wirkung über die Grenzen der Verwaltungsebenen hinweg. Somit bildet die KPCh weiterhin den

¹ Zum folgenden siehe Chung Jae Ho, "Studies of Central-Provincial Relations in the PRC: A Mid-Term Appraisal", *The China Quarterly*, No.142 (June 1995), S.487-508; Heilmann, "China auf dem Weg zum Föderalismus?".

exklusiven Rahmen für alle Schritte der politischen Entscheidungsfindung auch im Verhältnis zwischen Zentrale und Regionen.¹

1.3. Innerparteiliche Organisationsreformen und die Macht der Parteisekretäre

Seit den achtziger Jahren hat sich die Parteiführung für eine "Demokratisierung, Verwissenschaftlichung und Institutionalisierung" der innerparteilichen Willensbildung sowie innerparteilicher Wahl- und Rekrutierungsvorgänge stark gemacht. Eine Serie von Zirkularen und Vorschriften beschäftigt sich mit Themen wie den innerparteilichen Mitsprachemöglichkeiten für einfache Parteimitglieder, der kollektiven Beschlußfassung innerhalb der Parteikomitees und der Neudefinition der politischen Rolle der Parteisekretäre.² Erklärtes Ziel der Reformen ist es, die innerparteilichen Ausleseverfahren für einen Wettbewerb qualifizierter Kandidaten zu eröffnen. Der Aufstieg politisch loyaler, moralisch integrierter und fachlich qualifizierter Spitzenkräfte müsse durch das Personalsystem der Partei gefördert werden.³

An der herrschaftlichen Rolle der Parteisekretäre auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems der VR China hat sich jedoch ungeachtet der Reformbemühungen in der Praxis wenig geändert. Sie nehmen weiterhin bestimmenden Einfluß auf die Personalpolitik für andere wichtige Führungspositionen in ihrem Amtsbereich: Die Zusammensetzung des jeweiligen Parteikomitees, der Regierungsorgane wie auch der Führung von Volkskongressen und anderer wichtiger Institutionen wird in der Regel wesentlich von den Präferenzen des mächtigsten Mannes geprägt. Parteisekretäre können sich so häufig ein ihnen genehmes "Kabinett" zusammenstellen (*shuji zuge*). Die ZK-Organisationsabteilung hat diese verbreitete Praxis kürzlich scharf kritisiert und auf gesetzliche und innerparteiliche Bestimmungen hingewiesen, die eine selbstherrliche Personalrekrutierung verbieten und eine den Prinzipien des "Demokratischen Zentralismus" entsprechende Personalauswahl vorschreiben.⁴

Ein wichtiges Dokument, das die angestrebten Modifizierungen in der Personalpolitik der Partei zusammenfaßt, sind die im Februar 1995 erlassenen "Einstweiligen Vorschriften über die Auswahl und Einsetzung der Führungskader von Partei und Staat".⁵ In diesen Vorschriften wird eine breitere Mitsprache der Parteimitgliedschaft bei der Empfehlung, Beurteilung und Nominierung von Führungskadern oberhalb der Kreisleitungsebene vorgegeben. Zudem werden hohe Anforderungen an das Qualifikationsprofil von Führungskadern gestellt (gewöhnlich sind ein Hochschulabschluß und mehrjährige Arbeitserfahrung notwendig). Die Kontrolle durch KP-Organisationsabteilungen und übergeordnete Parteikomitees wird freilich weiterhin aufrechterhalten: Kandidatennominierungen für Führungspositionen müssen von diesen Organen überprüft und

¹ Siehe David S.G. Goodman, "The Politics of Regionalism: Economic Development, Conflict and Negotiation", in: David Goodman/ Gerald Segal (eds.), *China Deconstructs: Politics, Trade and Regionalism*, London/New York 1994, S.1-20.

² Eine Sammlung interner Dokumente findet sich in *Jinqi Dangjian wenjian xuanbian* (Auswahl von neueren Dokumenten zum Parteaufbau), Shanghai 1992 (parteiinternes Studienmaterial). Siehe auch *Xinshiqi dang de jianshe jiaocheng* (Lehrgang zum Parteaufbau in der neuen Ära), Beijing 1993; *Zhongguo gongchandang dangzhang yanjiu* (Studien zum Parteistatut der KPCh), Beijing 1993.

³ Siehe "Beschuß zu einigen wichtigen Fragen der Stärkung des Parteaufbaus", *RMRB*, 7.10.1994.

⁴ *RMRB*, 4.4.1995.

⁵ Abgedruckt in *RMRB*, 17.5.1995.

gebilligt werden.

Offizielle Quellen weisen auf erhebliche Widerstände gegenüber Bemühungen um eine innerparteiliche "Demokratisierung" hin. Viele Führungskader vertreten die Auffassung, daß Autorität und Einheit der Führungsgremien durch eine personalpolitische Prärogative des Parteisekretärs gestärkt würde. Gäbe man einer demokratischen Willensbildung zu viel Raum, habe man ständig mit internen Gegensätzen in den Führungsgremien zu kämpfen und könne keine entschiedene, wirkungsvolle Politik mehr betreiben.¹ Aufgrund dieser Widerstände ist es unwahrscheinlich, daß sich die neuen, auf breitere Mitspracherechte angelegten Vorschriften zur Auswahl von Führungskadern kurzfristig durchsetzen lassen. Die anhaltende Machtkonzentration in den Händen der Parteisekretäre wird dadurch begünstigt, daß diese persönlich verantwortlich für so verschiedene Aufgaben wie Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung oder auch die Revitalisierung der KP-Basisorganisationen gemacht werden. Bei einer solchen Aufgabenlast und der damit einhergehenden Machtfülle ist es nicht verwunderlich, daß manche Parteisekretäre sich wie "lokale Kaiser" (*tu huangdi*) gerieren und eine selbtherrliche Ämterpatronage betreiben. Die bisher eingeleiteten innerparteilichen Reformen werden unter diesen Bedingungen nur in sehr beschränktem Maße zur organisatorischen Erneuerung der Kommunistischen Partei beitragen können.

1.4. Die Parteimitgliedschaft: Verstärkung und Überalterung

Nach offiziellen Angaben sind in der KPCh Mitte 1995 rund 55 Mio. Mitglieder registriert; allein 1994 seien knapp 1,9 Mio. neue Mitglieder aufgenommen worden. Nahezu 13 Mio. Chinesen sollen einen Aufnahmeantrag gestellt haben.² Die Parteimitgliedschaft setzte sich Ende 1994 aus folgenden großen Beschäftigungsgruppen zusammen: 6,75 Mio. waren als hauptamtliche Funktionäre in Staats- oder Parteiorganen sowie parastaatlichen Organisationen tätig; in der Industrieproduktion, im Baugewerbe sowie im Transportsektor arbeiteten 13 Mio. der Mitglieder; aus dem land- und forstwirtschaftlichen Bereich stammten knapp 21 Mio. Mitglieder; rund 5 Mio. ließen sich der Gruppe der Intellektuellen im weiteren Sinne (Lehrer, Wissenschaftler, Künstler etc.) zurechnen; 4,5 Mio. Parteimitglieder arbeiteten im Dienstleistungsbereich.³

Die Kommunistische Partei hat seit den achtziger Jahren verstärkt Anstrengungen unternommen, neue hochqualifizierte Mitglieder zu werben. So hat sich, laut offizieller Statistik, das Bildungsprofil der Parteimitgliedschaft seit 1978 stark gewandelt. Während damals nur 27% über einen Oberschul- oder Hochschulabschluß verfügt hätten, seien es heute rund 40%. Mit den Rekrutierungserfolgen im Hochschulbereich und in der jüngeren Generation insgesamt ist die Parteiführung aber offenbar nicht zufrieden. Der Anteil der Parteimitglieder, die jünger als 35 sind, ist von rund 30% (1987) auf 21% (Ende 1993) zurückgegangen. Vor allem im ländlichen Bereich gibt es beträchtliche Rekrutierungsprobleme.⁴

Nach - widersprüchlichen - offiziellen Angaben sind zwischen 21 und 26 Mio. Parteimitglieder in

¹ RMRB, 4.4.1995.

² RMRB, 30.6.1995.

³ Zentrales Volksradio, 26.12.1994, nach SWB/FE, 13.1.1995.

⁴ *Jingbao*, Hongkong, 1995/2, S.44; *Zhengming*, Hongkong, 1995/7, S.21-22; RMRB, 30.6.1995.

ländlichen Gebieten registriert, also weniger als die Hälfte der Gesamtmitgliedschaft.¹ Während die KPCh Ende der fünfziger Jahre ein Übergewicht an ländlichen Mitgliedern aufwies, hat sie sich im Laufe ihrer Herrschaft zu einer überwiegend städtischen Partei gewandelt. Anfang der achtziger Jahre erreichte die Partei in städtischen Zentren einen Organisationsgrad von mehr als 10%, während nur 2,24% der ländlichen Bevölkerung der Partei angehörten. Dieser Trend hat sich mit der Entkollektivierung der Landwirtschaft noch fortgesetzt: Die Mitgliederzahlen auf dem Land sind inzwischen sogar leicht rückläufig.²

Die Nachwuchsförderung ist ein drängendes Thema, da die Partei zusehends Probleme damit hat, fähige Leute in wenig lukrativen administrativen Positionen zu halten, Versetzungen an unbequeme Arbeitsplätze durchzusetzen oder korrupte Funktionäre mangels geeigneten Personals zu ersetzen.³ Trotz der insgesamt 55 Mio. Parteimitglieder verfügt die Kommunistische Partei nur über eine relativ dünne Decke qualifizierten Personals für die Millionen politischer und administrativer Führungspositionen, die von ihr zu besetzen sind. Die Schwierigkeiten der Nachwuchsförderung offenbaren sich auch in Berichten des Kommunistischen Jugendverbandes. Zwar soll die Nachwuchsorganisation der Kommunistischen Partei offiziell über 61,5 Mio. Mitglieder (1995) verfügen. Aber in den Organisationen des Verbandes zeigen sich in vielen Dörfern, Behörden, Unternehmen und Schulen deutliche Auflösungserscheinungen.⁴ Allgemein scheint die Attraktivität der Partei für die jüngere Generation nachzulassen. Die Nachwuchsförderung bereitet wachsende Schwierigkeiten, obwohl eine Parteimitgliedschaft auch heute noch mit vielfältigen Vorteilen verbunden ist: mit der Einbindung in einflußreiche Beziehungsgeflechte und Seilschaften sowie mit vielfältigen Chancen zur privaten Bereicherung.

1.5. Die Basisorganisationen der KPCh: Auflösungserscheinungen und Gegenmaßnahmen

Die nachlassende Bindungs- und Integrationskraft der Kommunistischen Partei zeigt sich noch deutlicher auf der Ebene der Basisorganisationen. Mit Hilfe ihrer Basisorganisationen in Dörfern, Unternehmen, Behörden und anderen Institutionen hat die KPCh jahrzehntelang ihre Omnipräsenz in der chinesischen Gesellschaft und Wirtschaft sichergestellt. Gerade der Zustand dieser untersten Ebenen der Parteiorganisation - 1995 sollen 3,4 Mio. Parteizellen, Parteihauptzellen und Basiskomitees bestehen - wird von der Parteizentrale schon seit den achtziger Jahren als unbefriedigend eingeschätzt. Das "organisatorische Leben" der Partei funktioniert auf den unteren Hierarchie-Ebenen - besonders in armen ländlichen Regionen und im nicht-staatlichen Sektor der Wirtschaft - nur noch unzureichend.⁵ Aus Beijinger Sicht sind die Zustände in einigen süd- und westchinesischen Provinzen besonders alarmierend: Dort werden ländliche Parteiorgane zum Teil durch Familienclans, kultisch-religiöse Geheimgesellschaften oder sogar durch die organisierte

¹ Zentrales Volksradio, 26.12.1994, nach *SWB/FE*, 13.1.1995; Xinhua News Agency, 30.12.1994.

² Siehe Pei Minxin, *From Reform to Revolution: The Demise of Communism in China and the Soviet Union*, Cambridge/Massachusetts 1994, S.101.

³ *Jiguan dongtai* (Aktuelle Entwicklungen in der Arbeit der Behörden), Shanghai, 1994/9; Interviews in Nanjing, September/Oktober 1994.

⁴ Xinhua News Agency, 25.1.1995; *Dongxiang*, 1995/4, S.23.

⁵ Xinhua News Agency, 27.6.1995; *Guangjiaojing*, Hongkong, 1995/1, S.16-18.

Kriminalität unterwandert.¹ Selbst in wirtschaftlich aufstrebenden ländlichen Regionen an der Ost- und Südküste, wo die Gunst der Partei- und Regierungskader wichtig ist, um an Gewerbe genehmigungen, Grundstücke, Kredite etc. heranzukommen, bröckelt die Parteidisziplin: Versammlungen und politische Studien werden nur noch unregelmäßig abgehalten, Parteidokumente und -zeitungen nicht studiert.²

Während in vielen Großstädten solche Auflösungserscheinungen innerhalb der Partei-Basisorganisationen weniger verbreitet sind, ist es offensichtlich, daß die dörfliche Basis der Kommunistischen Partei zusehends ausgehöhlt wird, obwohl sich die Parteiführung seit 1989 verstärkt bemüht hat, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Interne Schätzungen der Beijinger Parteizentrale gehen dahin, daß in manchen ländlichen Regionen bis zu zwei Drittel der KP-Basisorganisationen nicht mehr politisch aktiv sind. Präsenz und Autorität der Partei sind dort stark geschwächt, da die infolge der Entkollektivierung auf sich selbst gestellten Bauern von den Parteikadern angesichts fehlender öffentlicher Mittel kaum wirtschaftliche Hilfe erwarten können.³

Die Entwicklung auf den untersten Ebenen der Parteiorganisation ist aus der Sicht Beijings auch deshalb schmerzhaft, weil ländlichen Parteiorganen wichtige Modernisierungsfunktionen zugedacht sind: Förderung unternehmerischer Aktivitäten zur Hebung des Lebensstandards der ländlichen Bevölkerung; Kampf gegen "feudalistische" Gewohnheiten und "Aberglauben"; Verbreitung der Grundlagen des Rechtssystems. KP-Generalsekretär Jiang Zemin stellte bereits im August 1989 angesichts des alarmierenden Verfalls der Partei-Basisorganisationen fest, daß bei einer weiteren Aushöhlung der Parteibasis selbst der KP-Generalsekretär schon bald zum "Pseudo-Befehlshaber" verkommen werde.⁴

Seit 1994 wurden die Bemühungen um eine Revitalisierung der Parteiorganisation erheblich verstärkt. Im September jenes Jahres verabschiedete das Zentralkomitee der Partei auf seiner Plenartagung einen "Beschluß zu einigen wichtigen Fragen der Stärkung des Parteaufbaus". Die Revitalisierung der ländlichen Basisorganisationen war eines der wichtigsten Themen.⁵ Offiziellen Meldungen zufolge hat die Stärkung der "Organisationsarbeit" auf dem Lande Fortschritte gemacht. Insgesamt sollen bereits 450.000 Partei- und Regierungskader von den höheren Parteiebenen entsandt worden sein und sich um die "Ausrichtung" und Neuorganisation der dörflichen Parteiorgane bemüht haben.⁶ Die Schulung ländlicher Basiskader werde in mehreren Provinzen mit großer Energie vorangetrieben. Die Erneuerung der ländlichen Basisorganisationen soll innerhalb von drei Jahren abgeschlossen werden. Angesichts der gewaltigen Aufgabe, mehrere hunderttausend "gelähmte" Basisorganisationen auf ihre Funktionsfähigkeit und Loyalität hin zu überprüfen, und aufgrund der Erfolglosigkeit solcher Bemühungen in den letzten fünf Jahren erscheint es zweifelhaft, ob die Partei ihre unteren Hierarchieebenen revitalisieren kann.

¹ *Ming Bao*, Hongkong, 11.10.1994; *Zhongguo tongxunshu*, 6.10.1994, nach *SWB/FE*, 31.10.1994.

² Interviews in Shanghai und Nanjing, September/Oktober 1994.

³ Die vielfältigen politischen Strukturen auf dem Lande werden eingehend untersucht von Thomas Heberer, "Die Folgen des ökonomischen Wandels: Wandlungsprozesse auf der gesellschaftlich-politischen Ebene", Kapitel aus dem noch unveröffentlichten Manuskript der Feldstudie "Ländliche Urbanisierung in der VR China" von Thomas Heberer und Wolfgang Taubmann (zitiert mit freundlicher Erlaubnis des Autors).

⁴ *Xin shiqi Dang de jianshe jiaocheng*, S.236.

⁵ Siehe *RMRB*, 7.10.1994.

⁶ *RMRB*, 4.4.1995.

1.6. Korruption: Ein Kampf auf "Leben und Tod" für die Partei

Die Korruption, die sich trotz aller Beijinger Appelle und Disziplinierungskampagnen immer tiefer in die politischen und wirtschaftlichen Institutionen Chinas hineinfrißt, ist der deutlichste Ausdruck des organisatorischen Verfalls der KPCh. Nach offiziellen Angaben haben die Disziplinarorgane von Partei und Staat zwischen Januar 1993 und März 1995 innerhalb von zwei Jahren insgesamt 3,1 Mio. Anzeigen und Beschwerden aus der Bevölkerung wegen Korruptionsdelikten registriert. China gilt heute unter ausländischen Geschäftsleuten (noch knapp vor Indien und Indonesien) als das Land mit der korruptesten öffentlichen Verwaltung in Ostasien.¹

In den Augen der chinesischen Bevölkerung stellt die allgegenwärtige Korruption die Legitimität der kommunistischen Herrschaft noch grundsätzlicher in Frage als zunehmende soziale Gegensätze, Kriminalität oder Inflation.² Folgerichtig wird die Eindämmung der grassierenden Korruption von der chinesischen Parteiführung als Kampf "auf Leben und Tod" für die Partei eingeschätzt.³ Die Mitte 1993 eingeleitete Kampagne zur Bekämpfung von Korruption in Partei und Verwaltung hat bisher nur bescheidene Erfolge gezeitigt. Trotz der Entsendung zahlreicher Untersuchungskommissionen von Beijing aus trifft die Korruptionsbekämpfung in vielen Regionen und Institutionen auf massiven Widerstand: Viele führende Parteifunktionäre und ihre Familienmitglieder sind in die weitläufigen Korruptionsgeflechte eingebunden und haben kein Interesse, eine Kampagne zur Aufdeckung dieser Strukturen mitzutragen.⁴

Die Kontroll- und Disziplinarorgane im Partei- und Staatsapparat verfügen bisher nicht über die Macht und den Willen, Ermittlungen gegen höhergestellte korrupte Kader mit Nachdruck voranzutreiben. Nur ein Bruchteil der Korruptionsuntersuchungen richtet sich gegen hochrangige Kader (Kreisleitungsebene aufwärts). Spitzenfunktionäre aus Partei- und Staatsführungen und ihre Familienmitglieder können sich mehr oder weniger immun gegenüber den Nachforschungen der Disziplinarorgane fühlen, solange sie nicht politisch bei übergeordneten Patronen und Parteiveteranen anecken. Daran werden voraussichtlich auch die Untersuchungen gegen mehrere hochrangige Funktionäre des städtischen Beijinger Partei- Establishments nichts ändern, die Anfang 1995 eingeleitet wurden und zur Amtsenthebung einzelner Spitzenkader (darunter erstmals ein Politbüro-Mitglied) führten. Politische Motive waren für die Absetzung der betroffenen Spitzenkader mindestens genauso wichtig wie die Korruptionsvorwürfe.⁵

Mit dem Ziel, "die Organisation der Kommunistischen Partei und der Regierungsbehörden sauber zu halten" und die Beziehungen zwischen Partei und Bevölkerung zu verbessern, hat die Beijinger Führung im Frühjahr 1995 Vorschriften zur internen Offenlegung und Registrierung der Einkommen hochgestellter Funktionäre gegenüber den zuständigen Organisations- und Personalabteilungen erlassen.⁶ Da es sich hierbei aber um bloß verwaltungsinterne Re-

¹ RMRB, 3.8.1995; *The Economist*, 27.5.95, S.71.

² Siehe aus einer vergleichenden Perspektive Leslie Holmes, *The End of Communist Power: Anti-Corruption Campaigns and Legitimation Crisis*, Oxford 1993, bes. S.267-273.

³ So zum Beispiel in einer Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji, *Jingji Ribao*, 8.7.1995.

⁴ Xinhua News Agency, 20.12.1993; *Dongxiang*, Hongkong 1993/12, S.14-16.

⁵ Mitglieder der städtischen Parteiführung Beijings hatten sich mehrfach kritisch über KP-Generalsekretär Jiang Zemin geäußert. Vgl. *China aktuell*, April 1995, Übersicht 9.

⁶ RMRB, 19.5.1995; Xinhua News Agency, 24./ 25.5.1995.

chenschaftspflichten handelt und die Kontrolleure Teil der Parteiorganisation und der Staatsverwaltung sind, ist es zweifelhaft, ob sich am Verhalten der Kader dadurch etwas ändern wird.

Ohne durchgreifende institutionelle Reformen, die den Kern des politischen Systems betreffen - gewaltenteilige Ordnung mit parlamentarischer Kontrolle, unabhängiger Justiz und regierungskritischen Medien -, ist eine Eindämmung des Korruptionsproblems nicht zu erwarten. Da solche Reformen aber das Machtmonopol der Kommunistischen Partei einschränken würden, sind die Widerstände gegenüber der Schaffung unabhängiger Kontrollinstanzen bisher unüberwindbar.

1.7. Identitäts- und Orientierungskrise in der Partei

Die organisatorische Schwächung und die grassierende Korruption innerhalb der Kommunistischen Partei gehen Hand in Hand mit einer tiefgehenden Orientierungs- und Identitätskrise: Wofür steht die KPCh noch unter den Bedingungen einer "sozialistischen Marktwirtschaft"? Unter vielen Parteimitgliedern herrschen offenbar Unsicherheit und Skepsis in dieser Frage. In einem internen Bericht hat die Parteiführung Anfang 1995 davor gewarnt, daß unter den Parteimitgliedern bis in hohe Kaderränge hinein die ideologischen Grundlagen des sozialistischen Systems zum Teil radikal in Frage gestellt würden. Die ideologische Verunsicherung unter Parteikadern und -mitgliedern käme unter anderem in der Auffassung zum Ausdruck, daß die internationale kommunistische Bewegung gescheitert sei: Der Untergang der Sowjetunion und die innerchinesische Entwicklung hätten deutlich gemacht, daß das sozialistische Entwicklungsmodell für die Modernisierung Chinas nicht die geeigneten Methoden bereithalte. Die von der Parteiführung verbindlich vorgegebenen "Vier Grundprinzipien" (Führungsrolle der Partei, "Demokratische Diktatur des Volkes", sozialistischer Entwicklungsweg, Marxismus-Leninismus/ Mao-Zedong-Ideen) würden von einem Teil der Parteimitgliedschaft mehr oder weniger offen in Zweifel gezogen und nur noch als Lippenbekenntnisse hochgehalten.¹

Parteiinternen Schulungsmaterialien zufolge versteht sich die KPCh weiterhin als "Vorhut der Arbeiterklasse" und als elitäre Kaderpartei. Die "bürgerlichen" Konzepte der "Volkspartei" und der "Massenpartei" werden entschieden abgelehnt.² De facto aber ist die KPCh zu einer karriereorientierten Massenpartei geworden: Ein Großteil der jüngeren Parteimitglieder ist vornehmlich aus Karrieregründen in die KPCh eingetreten und fühlt sich der sozialistischen Ideologie nur noch schwach verbunden. Die Kommunistische Partei ist in ihrer jüngeren Mitgliedschaft zu einem Sammelbecken von Opportunisten geworden.

Die von der Parteizentrale beklagte ideologische Verunsicherung der Parteimitglieder wird sich durch die alten Mittel der Indoktrinierung nicht beheben lassen. Die Parteiorgane bewegen sich in einem veränderten Umfeld und sind in ihrer Tätigkeit darauf ausgerichtet, handfeste Resultate vor allem im ökonomischen Bereich zu erzielen. Die Fähigkeit zum Improvisieren und "Durchwursteln" ist gefragt; hierbei erweisen sich ideologische Prinzipien gewöhnlich als untauglich und hemmend. Die offiziellen Ideologien halten keine Antworten auf die praktischen Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs bereit. So hat mit Ausnahme der intensiven Patriotismus-Kampagne der

¹ Siehe *Zhengming*, 1995/4, S.15-16. Vgl. auch schon *Dang de zuofeng* (Arbeitsstil der Partei), zit.n. *South China Morning Post*, 27.1.94, und die Artikelserie in *RMRB*, 4./ 6./8.1.1994.

² *Xin shiqi Dang de jianshe jiaocheng*, S.48-50.

letzten Jahre die offizielle Propaganda selbst innerhalb der Partei nur noch geringe Wirkung: Die Parteimitglieder und -kader sind vornehmlich mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen vor Ort, nicht aber mit theoretischen Debatten beschäftigt.

Über die ideologische Orientierungskrise hinaus stellt die wachsende Vielfalt von politischen Standpunkten unter der Parteimitgliedschaft eine neue, tiefgreifende Herausforderung an die autoritären Strukturen der Parteiorganisation dar: Politik und Fehlleistungen der zentralen Führung werden immer häufiger zum Gegenstand offener Kritik auf den unteren Ebenen der Parteihierarchie.¹ Hier zeigen sich Ansätze zu einer Pluralisierung, die nur noch zum Teil eine Folge der altbekannten innerparteilichen Flügelkämpfe, überwiegend aber ein Reflex der sich rasch entwickelnden gesellschaftlichen Vielfalt in China ist.

1.8. Zusammenfassung: Innerparteiliche Strukturen im Wandel

Die vorangehenden Abschnitte verdeutlichen, wie weit der Wandel reicht, dem die Kommunistische Partei in ihren internen Willensbildungs- und Kontrollstrukturen unterworfen ist. Die Ablösung der Revolutionsveteranen, der Aufstieg einer technokratischen Führungsgeneration, die Schwächung der Kommandohierarchie und des organisatorischen Zusammenhalts, Korruption und Orientierungskrise: all das macht deutlich, daß es sich bei der auf die Revolutionszeit zurückgehenden Kommunistischen Partei Chinas um eine im Niedergang begriffene Organisation handelt.

Andererseits ist es offensichtlich, daß die Parteiführung keinesfalls gewillt ist, diesen Niedergang ohne Gegenwehr hinzunehmen. Beijings Bemühungen um eine organisatorische Disziplinierung und Erneuerung ist bisher allerdings nur geringer Erfolg beschieden. Selbst einige führende Mitglieder der KPCh bewerten deshalb die Chancen auf eine langfristige Machterhaltung als gering. So soll Mitte 1994 ein Propagandaveteran (Deng Liqun) den Untergang der Kommunistischen Partei innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre vorausgesagt haben: Die Partei gehe politisch und organisatorisch der "Selbstauflösung" (*ziwo jieti*) entgegen. Die Grundlagen des auf Gemeineigentum beruhenden, sozialistischen Wirtschaftssystems seien durch marktwirtschaftlich-kapitalistische Reformen zerstört worden. Die Parteiorgane aller Ebenen hätten ihre Rolle als Vorhut des politischen Kampfes für den Sozialismus verloren und fungierten heute nur noch als "Verwaltungsräte" für Wirtschaft, Handel und Finanzen. Eine neue "Bourgeoisie aus Beamten und Geschäftsleuten" nutze die Reformpolitik der Partei, um sich auf Kosten der Bevölkerung zu bereichern. Dem Eindringen westlicher Werte und Lebensgewohnheiten werde nicht mehr entschieden entgegengetreten.² Diese Generalkritik mag überzogen sein und die Ansichten eines orthodoxen Marxisten widerspiegeln, der mit Geschwindigkeit und Konsequenzen des Wandels in China nicht mehr fertig wird. Daran, daß die Parteiorganisation wachsenden Aushöhlungstendenzen ausgesetzt ist, kann jedoch kein Zweifel bestehen.

Wie aber wahrt eine intern geschwächte Kommunistische Partei die Kontrolle über staatliche Institutionen, Militär, Wirtschaft und Gesellschaft? Über die alten leninistischen Kontrollme-

¹ Interviews mit Parteimitgliedern in Beijing, Nanjing und Shanghai, September/Oktober 1994.

² Zit.n. *Dongxiang*, 1994/7, S.18-19.

chanismen hinausweisend, beginnen sich zum Teil neue Muster der politischen Steuerung herauszukristallisieren, die beträchtliche Bedeutung für die politische Zukunft Chinas gewinnen können.

2. Die Kontrolle der Partei über das politische System

Die Kommandohierarchie des chinesischen Parteistaats ist geschwächt. Aber die überkommenen leninistischen Kontrollmechanismen prägen weiterhin das Verhältnis der Parteiorgane zu staatlichen und militärischen Institutionen. Die Kontrolle über Staat und Militär wird durch Parteiorgane sichergestellt, die in die Führungsstrukturen gleichsam implantiert sind: Parteikomitees, Parteigruppen und Politkommissare haben in Staat bzw. Militär weiterhin eine überaus starke Stellung.

Anders stellt sich die Situation im Hinblick auf wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben dar: hier hat sich als Ergebnis der Wirtschaftsreformen die Parteikontrolle gegenüber früheren Zeiten stark gelockert und in ihrem Charakter verändert. Die Partei hat das Ziel einer totalen politischen Vereinnahmung jeder Form wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eigenlebens, wie sie noch zu Zeiten Maos angestrebt wurde, aufgegeben. Wirtschaft und Gesellschaft eröffneten sich in der Periode der Wirtschaftsreformen völlig neue Entfaltungsmöglichkeiten. Die politischen Kontrollmechanismen sind jedoch nicht einfach verschwunden, sondern vielmehr einer umfassenden Transformation unterworfen: Das alte Regime direkter Parteikontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft (Staats-/Kollektivunternehmen, Volkskommunen etc.) wird zusehends durch indirekte Formen einer autoritär- korporatistischen Aufsicht (siehe im Detail 2.4.) abgelöst.

2.1. Partei und Staat: Differenzierung und Kontrolle

In kommunistischen Regierungssystemen sind Partei und Staat kaum zu trennen: Die Kommunistische Partei stellt nicht nur beinahe ausnahmslos das Personal für die Führungspositionen in Regierungs- und Verwaltungsorganen.¹ Die Regierungsorgane sind auch in ihren politischen Entscheidungskompetenzen den Parteikomitees ihrer Verwaltungsebene grundsätzlich untergeordnet. Darüber hinaus sind, um die Kontrolle über die Regierungsorgane selbst in Routinetätigkeiten wahren zu können, Parteigruppen (*dangzu*) in den staatlichen Apparat implantiert.

In der VR China waren bis in die achtziger Jahre hinein Führungsgremien im Regierungs- und Parteiapparat oft kaum voneinander unterscheidbar. Die direkte Wahrnehmung des administrativen Tagesgeschäfts durch Parteiorgane garantierte zwar ein hohes Maß an politischer Kontrolle. Personell war die Partei aber durch die mit den Wirtschaftsreformen einhergehenden neuen Herausforderungen an die Staatsverwaltung überfordert: Das Personal der Partei war weder von der Zahl noch von der Qualifikation her in der Lage, die neuen Aufgaben zu bewältigen.

Um die Parteiorganisation von den Alltagsgeschäften der Regierungs- und Verwaltungsführung zu entlasten und der Wirtschaftsverwaltung größere Gestaltungsspielräume zu geben, brachte Deng

¹ In der VR China gehörten 1990 96% aller Führungskader in Regierungsorganen oberhalb der Kreisebene der KPCh an. *RMRB*, 30.10.1990, zit.n. Harro von Senger, *Einführung in das chinesische Recht*, München 1994, S. 42.

Xiaoping Mitte der achtziger Jahre die "Trennung von Partei und Staat" (*Dang Zheng fenkai*) in die Diskussion.¹ Dengs Vorschläge zielten auf eine Erhöhung der ökonomischen Effizienz: Die Arbeit von Unternehmensleitungen und Wirtschaftsbehörden sollte sich verstärkt an Produktivitätskriterien, nicht mehr primär an politisch-ideologischen Leitbildern orientieren. In den Staatsbetrieben sollte ein professionelles Management die Verantwortung für die Betriebsleitung übernehmen. Staatliche Wirtschaftsbehörden sollten anstelle von Parteiorganen die Aufsicht über Unternehmen und Wirtschaftsabläufe wahrnehmen.

Tatsächlich ist seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein beachtlicher Teil der wirtschaftspolitischen Aufsichts- und Entscheidungskompetenzen auf Regierungsorgane übergegangen.² Parteiorgane behalten jedoch einen starken indirekten Einfluß, indem sie die Personalpolitik in Staatsbetrieben und Wirtschaftsverwaltung kontrollieren und sich Entscheidungen über ordnungspolitische Grundsätze und Richtlinien vorbehalten. So wurden etwa das Bekenntnis zur "sozialistischen Marktwirtschaft" 1992 und die Neuordnung des öffentlichen Finanzwesens 1993 jeweils auf Parteitagungen beschlossen.

Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß die Differenzierung zwischen Partei und Staat kaum über den Bereich der Wirtschaftsverwaltung hinausgekommen ist. So gab es etwa unter dem reformorientierten KP-Generalsekretär Zhao Ziyang Ende der achtziger Jahre Bestrebungen, die in Regierungsorganen bestehenden Parteigruppen aufzulösen und sich auf eine "externe" Parteikontrolle zu beschränken. Dieses Reformkonzept, das eine beträchtlich größere Autonomie von Regierungs- und Verwaltungsorganen hätte nach sich ziehen können, scheiterte an massiven Widerständen auf allen Ebenen der Parteihierarchie.³

Bis heute kann die KPCh mit Hilfe ihrer Parteigruppen und ihres Personalmonopols eine nahezu lückenlose Aufsicht über die Regierungs- und Verwaltungsorgane aller Ebenen aufrechterhalten. Parteikomitees genießen weiterhin eine Weisungsbefugnis gegenüber Regierungsstellen und ein Vetorecht gegenüber Entscheidungen der Regierungsorgane. Das KP-Zentralkomitee stellte in seiner Resolution vom September 1994 klar, daß alle Staatsorgane sich der Führung der Kommunistischen Partei unterwerfen müssen. Regierungsorgane haben die ihnen zur Seite gestellten Parteikomitees vor jeder wichtigen Entscheidung zu konsultieren. Regionale Spitzenfunktionäre bekannten sich dazu, daß Provinzregierungen "unter der Führung des Provinzparteikomitees" zu arbeiten hätten und daß die Parteikomitees die politischen Entscheidungen trafen, die die Regierungsorgane dann auszuführen hätten.⁴ In zentralen Politikbereichen (etwa innere Sicherheit, Kaderpolitik und Ideologie) hat die Partei ihr Kontrollmonopol nie aufgegeben: Partei- und Regierungsorgane sind hier auch heute noch miteinander verschmolzen.

In den letzten drei Jahren ist auf den unteren Ebenen der Parteihierarchie, ganz im Gegensatz zu Dengs Appellen zu einer "Trennung von Partei und Staat", sogar eine Tendenz zur offenen "Integration von Partei und Staat" (*Dang Zheng yitihua*) zu erkennen.⁵ Ursächlich für diese

¹ Vgl. Hsiao Pen, "Separating the Party from the Government", in: Carol Lee Hamrin/Zhao Suisheng (eds.), *Decision-Making in Deng's China: Perspectives from Insiders*, Armonk/New York 1995, S.153-168.

² Vgl. Susan L. Shirk, *The Political Logic of Economic Reform in China*, Berkeley 1993, S.55-69.

³ Shirk, *Political Logic*, S.65-68.

⁴ *RMRB*, 7.10.1994; *Heilongjiang Ribao*, 22.5.94, nach *SWB/FE*, 3.6.1994; *Zhongguo Shibao*, Taipei, 6.4.1994.

⁵ Interviews in Nanjing, September 1994; *Jingbao Yuekan*, 1994/8, S.32-35 und S.57.

Entwicklung sind die von Beijing eingeleiteten Bemühungen um eine Straffung des Behördenapparats: Personalaufwendige und kostspielige administrative Doppelstrukturen zwischen Partei und Staat sollen bereinigt werden. So wurden die für Personalwesen und Disziplinaraufsicht zuständigen Partei- und Staatsorgane seit 1993 in weiten Teilen Chinas zusammengelegt. Im Personal- und Disziplinarbereich besaßen staatliche Organe von jeher nur geringe eigenständige Kompetenzen. Diese neueren Entwicklungen machen deutlich, daß einer "Trennung von Partei und Staat" in einem leninistisch organisierten Institutionensystem äußerst enge Grenzen gesetzt sind.

Das Kader- und Nomenklatura-System bildete in allen kommunistischen Systemen eines der wichtigsten Herrschaftsinstrumente. Dies gilt auch heute noch für die VR China: Die Organisationsabteilungen der KPCh besitzen die Kompetenz, alle politischen Schlüsselpositionen mit loyalen Funktionären zu besetzen bzw. deren Ernennung zu bestätigen.¹ So sind Parteikader in allen staatlichen Institutionen (das schließt den staatlichen Sektor der Wirtschaft sowie die parastaatlichen Verbände ein) dominierend. Das wird sich auch nicht mit dem zur Zeit betriebenen Aufbau eines "öffentlichen Dienstes chinesischer Prägung" ändern, in dem die Personalauswahl auf Zugangsprüfungen nach dem Leistungsprinzip beruhen soll: Die Parteiführung hat bereits klargestellt, daß chinesische Staatsdiener auch in Zukunft nicht politisch neutral sein dürfen; sie müssen loyal zur Kommunistischen Partei stehen und werden der Überwachung durch die KP-Organisationsabteilungen unterworfen.²

Die Organisationsgewalt der höheren Parteiebenen und insbesondere der Parteizentrale ist bis heute eines der wichtigsten Disziplinierungsmittel gegenüber allzu eigenwilligen regionalen Führungen: Die Macht der Parteizentrale in diesem Bereich wurde 1994 und 1995 durch umfassende Revirements in regionalen Führungen wiederholt demonstriert. Bei ihren personellen Umbesetzungen hat sich die Beijinger Parteizentrale zum Teil nicht damit begnügt, nur die Spitzenpositionen auf Provinzebene nach eigenem Ermessen zu besetzen. Vielmehr reichen die Beijinger Interventionen bis in die Besetzung der wirtschaftspolitischen Abteilungen in den Provinzregierungen und der Führungsgremien in Großstädten hinein.³

Allerdings unterliegt auch das Kadersystem Wandlungsvorgängen. Die Provinzen haben sich im Bereich der Personalpolitik zumindest eine begrenzte Mitsprache erstritten. Diese wird besonders dann wirksam, wenn sich die ProvinzparteiSekretäre, die Beijing abberufen will, dank jahrzehntelanger Tätigkeit an einem Ort auf ein großes Patronagenetz in ihrer Region stützen können. Die zentralen Parteiorgane müssen in solchen Fällen Rücksicht auf regionale Beziehungsgeflechte nehmen. Denn die von der Zentrale neu eingesetzten Kader brauchen die Unterstützung des regionalen Parteiapparats, um im Sinne Beijings wirkungsvoll arbeiten zu können.⁴ Auch muß Beijing zunehmend mit Überraschungen bei Personalwahlen bzw. -bestätigungen in den

¹ Vgl. *Zhongguo gongchandang zuzhi gongzuo dashiji* (Chronik der Organisationsarbeit der KPCh), 2 Bde., Beijing 1991 bzw. Shenyang 1992; John P. Burns, "Strengthening Central CCP Control of Leadership Selection: The 1990 Nomenklatura", *The China Quarterly*, No.138 (June 1994), S.458-491; Yan Huai, "Organizational Hierarchy and the Cadre Management System", in: Hamrin/ Zhao, *Decision-Making in Deng's China: Perspectives from Insiders*, S.39-50.

² *RMRB*, 27.6.1995; Xinhua News Agency, 26.7.1995.

³ Siehe z.B. Hubei Volksradio, 27.5.95, nach *SWB/FE*, 22.6.95; *Dazhong Ribao*, Jinan, 4.6.95, nach *SWB/FE*, 20.6.95.

Provinzen rechnen: Der regionale Selbstbehauptungswille gegenüber Interventionen "von außen" und "von oben" nimmt zu und richtet sich offenbar nicht selten offen gegen von Beijing eingesetzte Führungskader. In zwei Provinzen ist es schon vorgekommen, daß von Beijing als Provinzgouverneure aufgestellte Kandidaten in den betreffenden Volkskongressen "gekippt" wurden; gewählt wurden Kandidaten, die vor Ort einen stärkeren Rückhalt hatten. Beijing stimmte erst nach längerem Zögern den eigenwilligen Personalentscheidungen zu.¹

Die Praxis der Personalpolitik in den kommenden Jahren wird zeigen, inwieweit regionale Parteiorgane ihre Mitspracherechte in der Personalpolitik ausdehnen können. Zur Zeit scheint Beijing noch die Oberhand zu besitzen: Wenn die Beijinger Führung unliebsame regionale Spitzenfunktionäre par tout absetzen und favorisierte Kandidaten durchsetzen will, so ist sie dazu weiterhin imstande. So stellt die Personalkontrolle der Partei auch heute noch ein wichtiges Instrument zur Disziplinierung unbotmäßiger Führungen im Partei- und Staatsgefüge dar.

Die chinesischen Volksvertretungsorgane - die Volkskongresse auf Gemeinde-, Kreis-, Provinz- und nationaler Ebene - sind von Kritikern des kommunistischen Regimes lange Zeit als dekorative, aber entbehrliche "politische Blumenvasen" und leblose "Abstimmungsmaschinen" abgetan worden. Seitdem die Volkskongresse in den letzten Jahren allerdings ein eigenständigeres Profil in ihrer Gesetzgebungstätigkeit und in ihren Kontrollbemühungen gegenüber Regierungsorganen gewinnen konnten (es kam sogar vereinzelt zu spektakulären Abstimmungsrevolten unter den Delegierten), ist eine differenziertere Einschätzung dieser laut Verfassung der VR China "höchsten Organe der Staatsmacht" angemessen.²

Unzweifelhaft ist, daß die gesamte Tätigkeit des Nationalen Volkskongresses (NVK) auch heute noch von der Führung und Kontrolle durch die Kommunistische Partei überschattet ist. Parteigremien besitzen das Nominierungsmonopol für alle Spitzenpositionen in der Volksvertretung und beeinflussen die Kandidatenlisten auf jeder Stufe der Wahlen von Volkskongreß-Abgeordneten. Ähnlich wie in den ehemaligen sozialistischen Staaten Osteuropas sind die Mitglieder der Kommunistischen Partei, die eine Zwei-Drittel-Mehrheit (68,4%) unter den Delegierten des NVK stellen, der Parteidisziplin unterworfen und werden von der zentralen Parteiführung vor Sitzungen und Abstimmungen instruiert.

Trotz dieser Beschränkungen hat die Parteiführung seit Mitte der achtziger Jahre eine schrittweise Aufwertung der Volksvertretungsorgane betrieben. Die technokratische Führungsgeneration distanziert sich vom politischen Kampagnenstil und der "personalisierten Führung" der Vergangenheit und befürwortet eine rationale, rechtsförmliche Steuerung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels. Hierbei wird der Gesetzgebung durch den NVK eine wichtige Bedeutung zugemessen. Die wirtschaftliche Modernisierung soll durch ein ehrgeiziges Gesetzgebungsprogramm vorangetrieben und abgesichert werden: Allein im Zeitraum zwischen 1990 und Ende 1993 wurden mehr als hundert Gesetze verabschiedet; von 1994 bis 1997 sollen 150 weitere,

⁴ Vgl. Peter Tsan-yin Cheung, "The Case of Guangdong in Central-Provincial Relations", in: Jia Hao/ Lin Zhimin (eds.), *Changing Central-Local Relations in China: Reform and State Capacity*, Boulder/Col. 1994, S.207-236, hier S.223-225.

¹ Sebastian Heilmann, "Die 'Abstimmungsmaschinen' der chinesischen Volkskongresse: Ansätze des Aufgeborens?", *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 1/1995, S.113-140, hier S.133-134.

² Zum folgenden ausführlich Heilmann, "Die 'Abstimmungsmaschinen' der chinesischen Volkskongresse".

vornehmlich Wirtschaftsgesetze, hinzukommen. Die Parteiführung - insbesondere der einflußreiche NVK-Vorsitzende Qiao Shi, der zugleich dem Ständigen Ausschuß des Politbüros angehört - ist bestrebt, das nationale Legislativorgan zu einem Motor der Reform des Wirtschafts- und Rechtssystems auszubauen. Zugleich sollen die Volkskongresse eine wirksamere Rolle in der Korruptions- und Haushaltskontrolle gegenüber den Regierungsorganen entfalten.

Die Stärkung der Volksvertretungsorgane wird von der Parteiführung als Mittel zur Konsolidierung und Modernisierung der Parteiherrschaft verstanden: Es geht um die Stärkung der Einparteiherrschaft, nicht um eine parlamentarisch-demokratische Öffnung zur Bevölkerung hin. Zur Zeit scheint immerhin eine gewisse Bereitschaft der Beijinger Führung erkennbar, die Repräsentation der wachsenden regionalen und gesellschaftlichen Pluralität in den Volksvertretungen zuzulassen, solange die Parteikontrolle nicht verloren geht. Durch die Vielfalt der im NVK vertretenen Interessen, die über die Vorgaben der Parteizentrale nicht selten hinausweisen, könnte dem nationalen Gesetzgebungsorgan im Falle eines organisatorischen Kollapses der KPCh eine Rolle als wichtiges Forum der nationalen politischen Auseinandersetzungen zuwachsen.

2.2. Partei und Armee: eine systemtragende Allianz

Den Sieg im Bürgerkrieg hatten die chinesischen Kommunisten als Partei in Waffen erkämpft. In den Jahren zwischen 1928 und 1949 waren Partei und Armee untrennbar miteinander verflochten. Dieses innige Verhältnis wirkt auch mehr als vier Jahrzehnte nach der Herrschaftskonsolidierung noch fort. Die politische Kontrolle über die Volksbefreiungsarmee wird durch eine enge personelle Verzahnung zwischen zivilen und militärischen Spitzenkadern auf den zentralen Führungsebenen und durch ein weitverzweigtes System von Parteiorganen auf allen Kommandoebenen des Militärs gesichert.

Partei- und Armeeführung sind in der VR China weiterhin aufs engste miteinander verwoben. Die Einbindung des Militärs in die politische Führung und Verantwortung wurde auf dem XIV. Parteitag der KPCh 1992 verstärkt. Der Anteil von VBA-Vertretern in den Führungsgremien stieg beträchtlich: im ZK von einem Sechstel (1987) auf ein Viertel (1992) der Mitglieder, was die höchste militärische Repräsentation im ZK seit 1977 darstellt.¹

Zum anhaltend starken politischen Einfluß des Militärs haben schwere Systemkrisen wie die "Kulturrevolution" (offizielle Datierung 1966-1976) und die städtische Protestbewegung im Frühjahr 1989 beigetragen, in denen die Armee zum ausschlaggebenden Faktor der innenpolitischen Auseinandersetzungen wurde. Die politische Kontrolle der Parteiorganisation über die Bevölkerung war in beiden Fällen weitgehend zusammengebrochen. Das Eintreten der Armee als verbliebener funktionsfähiger und schlagkräftiger Institution gab den politischen Ausschlag für die Wiederherstellung des Machtmonopols der KPCh. Die VBA hat sich bisher stets als verlässlicher Stützpfiler erwiesen, wenn das kommunistische Regime in seinem Bestand gefährdet war. Die politische Kontrolle über das Militär hat in allen innenpolitischen Krisen der VR China entscheidende Bedeutung erlangt. Dies wird zweifellos auch für die Zeit nach dem Ableben der Revolutionsveteranen um Deng Xiaoping und für das weitere Schicksal der KP-Herrschaft gelten:

¹ Li Cheng/Lynn White, "The Army in the Succession to Deng Xiaoping", hier S.758.

Nur wer breiten Rückhalt in der Armee findet, hat die Chance, sich an der Spitze Chinas dauerhaft zu halten.¹

Staats- und Parteichef Jiang Zemin, der zugleich Vorsitzender der Zentralen Militärkommission ist, sich aber nicht wie beispielsweise Deng Xiaoping auf ein über Jahrzehnte gewachsenes Beziehungsgeflecht in der VBA stützen kann, hat in den letzten Jahren viel getan, um sein Ansehen in der Armee aufzupolieren. Er bemühte sich beständig um die Unterstützung wichtiger Militärführer und verfügt inzwischen offenbar über gute Arbeitskontakte zu den wichtigsten Generälen in der Zentralen Militärkommission und in den drei Hauptabteilungen der Volksbefreiungsarmee. Auch vertrat Jiang in den letzten Jahren die personelle Erneuerung des Offizierskorps und die Aufstockung des Militärbudgets mit Nachdruck. Er kümmerte sich intensiv um Beförderungen politisch loyaler Offiziere und führte unzählige persönliche Gespräche und Truppenbesuche durch. Auch die Rechtfertigung des Truppeneinsatzes vom Juni 1989, die Jiang Mitte 1994 formulierte, diente offenkundig seinem Werben um die Gunst des Militärs. Zur Zeit genießt Jiang Zemin die öffentliche und nachdrückliche Unterstützung der wichtigsten VBA-Führer und Spitzenoffiziere.²

Auf den wichtigsten zentralen und regionalen Kommandoebenen der VBA sind die politischen Kontrollstrukturen der Partei mit einigen Einschränkungen weiterhin intakt und in der Lage, eine permanente Aufsicht über militärische Aktivitäten auszuüben: Das Politkommissarsystem und die Parteiorganisation innerhalb der Volksbefreiungsarmee sind ungeachtet der intensiven Verfolgung kommerzieller Interessen durch Teile des Offizierskorps weiterhin durch einen starken Grad zentralisierter Kontrolle gekennzeichnet.³

Während die revolutionäre Führungsgeneration Deng Xiaopings sich durch das Fehlen einer strikten Trennung zwischen ziviler und militärischer Laufbahn auszeichnete, ist es seit den achtziger Jahren zu erheblichen Veränderungen in den Karrieremustern der Spitzenvertreter des Regimes gekommen. Die gegenwärtig führenden Technokraten (Bürokraten mit Ingenieurausbildung wie Jiang Zemin, Li Peng oder Zhu Rongji) in der Parteispitze haben keinerlei Erfahrung mit einem Dienst im Militär. Andererseits wird auch schon die nächste Generation von VBA-Generälen über keine große Arbeitserfahrung im zivilen Parteiapparat mehr verfügen. Die Unterschiede zur Generation der Revolutionsveteranen sind somit gewaltig: Künftigen Partei- und Militärführern wird nicht nur die prägende Erfahrung des gemeinsamen revolutionären Kampfes fehlen, auch ihre Ausbildungsgänge und ihre politische Sozialisation werden sich grundsätzlich unterscheiden.

Eine solche Entwicklung könnte ähnlich wie in der ehemaligen Sowjetunion zu einer Differenzierung politischer und militärischer Kompetenzbereiche führen, die letztlich die Parteikontrolle

¹ Vgl. Michael D. Swaine, *The Military and Political Succession in China: Leadership, Institutions, Beliefs*, Santa Monica: RAND, 1992.

² Vgl. Sebastian Heilmann, "Die Armee und die Perspektiven der kommunistischen Herrschaft", in: *China aktuell*, Januar 1995, S.21-35, bes. S.27-28.

³ Siehe *Zhongguo renmin jiefangjun ganbu zhidu gaiyao* (Kompendium des Kadersystems der VBA), Beijing 1989 (internes Material), bes. S.101-171 und 258-300; Luo Chenghui, *Zhongguo dangdai zhengzhi zhidu* (Das heutige politische System Chinas), Guangzhou 1993, S.178-200; David Shambaugh, "The Soldier and the State in China: The Political Work System in the People's Liberation Army", *The China Quarterly*, No.127 (Sept. 1991), S. 527-568; Fang Zhu, "Political Work in the Military from the Viewpoint of the Beijing Garrison Command", in: Hamrin/Zhao, *Decision-Making in Deng's China*, S.118-129; Heilmann, "Die Armee und die Perspektiven der kommunistischen Herrschaft".

über die Armee schwächt.¹ Es wird eine der großen Herausforderungen für die chinesische Parteispitze bleiben, einer solchen Auseinanderentwicklung zwischen Partei- und Militärführung entgegenzuwirken. Denn die nachrevolutionäre Generation chinesischer Militärs, die noch in den neunziger Jahren in höchste Kommandopositionen aufsteigen wird, könnte eine unabhängigere Stellung des Militärs gegenüber der Parteiführung beanspruchen.

Es bleibt aber fraglich, ob die jüngere Offiziersgeneration im Falle einer schweren politischen Krise so weit ginge, sich von der Kommunistischen Partei loszusagen. Denn das Militär ist in seiner machtpolitischen Stellung durchaus auf das Fortbestehen des kommunistischen Regimes angewiesen. In dieser Hinsicht steht der Niedergang, den die mächtige Sowjetarmee nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in der UdSSR erfahren hat, vielen jüngeren Militärs in China als abschreckendes Beispiel vor Augen. Einem an Modernisierung und internationalem Machtzuwachs orientierten chinesischen Militär kann kaum an der Entstehung einer ähnlichen Situation wie in Rußland gelegen sein. Die "sowjetische Lektion" wird von den jüngeren chinesischen Militärs mit Sicherheit außerordentlich ernst genommen. Der Niedergang der Sowjetarmee könnte sie zu dem Schluß führen, daß für Modernisierungschancen und künftige Machtstellung des chinesischen Militärs letztlich doch die Bindung an die Herrschaft der Kommunistischen Partei vorteilhaft sein dürfte.

2.3. Partei und Unternehmen: Die Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Eliten

Daß die Transformation des chinesischen Wirtschaftssystems weitreichende Konsequenzen für Organisation und Zusammenhalt der Kommunistischen Partei nach sich zieht, bildet eines der Grundthemen dieser Studie. Der folgende Abschnitt wendet sich der Frage zu, inwiefern die Partei ihre Kontrolle und Präsenz im Wirtschaftsleben und in den Unternehmen hat aufrechterhalten können.

Die Entstehung einer dezentralisierten, wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung brachte für die Funktionäre der Kommunistischen Partei ungeahnte Belastungen und Anpassungszwänge mit sich, aber auch ganz neue Chancen, an den Früchten des Wandels teilzuhaben. Während die Parteiorganisation in ihren Kontrollfunktionen durch den wirtschaftlichen Wandel in vielerlei Hinsicht geschwächt wurde (das wird etwa deutlich anhand der Schwierigkeiten, in neu entstandenen nicht-staatlichen Unternehmensformen Fuß zu fassen), haben es viele Partei- und Staatskader verstanden, die Freiräume für Unternehmertum und private Bereicherung zu nutzen, die mit der Reformpolitik eingeräumt wurden.

Im staatlichen Sektor der Wirtschaft ist die Präsenz und Kontrolle der KPCh, wenig überraschend, auch heute noch stärker als in allen anderen Unternehmensformen. Staatsbetriebe waren vom Zeitpunkt ihrer Gründung in den fünfziger Jahren an nicht nur als Wirtschaftseinheiten, sondern ebenso als Institutionen politischer und sozialer Kontrolle konzipiert. Parteikomitees und Parteizellen führten das Regiment auf allen Ebenen. In den achtziger Jahren wurde der Einfluß der Parteisekretäre durch das Verantwortlichkeitssystem für Fabrikdirektoren beschränkt. Dennoch

¹ Vgl. Condolezza Rice, "The Party, the Military, and Decision-Authority in the Soviet Union", *World Politics*, October 1987, S.76.

nehmen die Parteisekretäre häufig weiterhin Einfluß auf innerbetriebliche Entscheidungen; in den letzten Jahren haben Parteikader im Staatssektor eine Vielzahl von Schulungen durchlaufen, die sie befähigen sollen, auch Betriebsleitungsfunktionen wahrzunehmen.¹

Obwohl mindestens die Hälfte der mehr als einhunderttausend chinesischen Staatsbetriebe mit ihren 108 Mio. Arbeitnehmern rote Zahlen schreiben, stellen sie eine unverzichtbare "Lebensader" des kommunistischen Regimes dar: Wenn diese Bastionen des Sozialismus durch Konkurs, Umwandlung in Aktiengesellschaften oder Verkauf an ausländische Investoren zerfallen sollten, dann würden der KPCh direkte Einflußmöglichkeiten auf vom Staat monopolisierte Bereiche des Wirtschaftssystems (Energie- und Telekommunikationssektor beispielsweise) entzogen. Deswegen sind die politischen Widerstände gegen Umstrukturierungsmaßnahmen im Staatssektor auch besonders stark. Eine Privatisierung etwa nach ostdeutschem Vorbild ist weiterhin tabu.²

Während die Parteiorganisation im Staatssektor noch über eine flächendeckende Präsenz verfügt, ist dies in den dynamischsten Bereichen der Wirtschaft - lokale Kollektivunternehmen, Privatunternehmen und Unternehmen mit ausländischer Beteiligung - nicht gesichert. In offiziellen Parteistellungnahmen wird immer wieder deutlich, wie schwer es der Partei fällt, in den rasch wachsenden nicht-staatlichen Unternehmensformen Fuß zu fassen. In vielen Privat- und Kollektivbetrieben sowie in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung gibt es nur rudimentäre und gelegentlich aktive Parteiorganisationen.³ So kann die KPCh als Institution aufgrund geschwächer organisatorischer Präsenz in nicht-staatlichen Unternehmen häufig keinen direkten Einfluß auf Entscheidungen der Betriebsleitungen mehr nehmen. Aber die Kader der Kommunistischen Partei sind auf allen Ebenen der Wirtschaftsverwaltung präsent und bestimmen auch heute noch durch bürokratische Interventionen und selektive politische Protektion über Erfolg und Mißerfolg nicht-staatlicher Unternehmen.

Mit den Wirtschaftsreformen ist ein Ordnungsvakuum im Wirtschaftssystem entstanden, in das Akteure aus Kommunistischer Partei, Verwaltung und Militär hineingestoßen sind: Die Funktionärsschicht nutzt die Möglichkeiten, die die noch unvollkommene Markt- und Rechtsordnung ihnen zur privaten Bereicherung bietet, und arrangiert sich mit den neu entstehenden Kräften der Wirtschaftsgesellschaft. Die Besonderheit des chinesischen "Kaderkapitalismus" - die enge gegenseitige Verflechtung von staatlichen Institutionen bzw. Funktionären einerseits sowie Unternehmen und Wirtschaft andererseits - findet sich in unterschiedlicher Ausprägung in allen Sektoren des Wirtschaftssystems.⁴

Die Wirtschaftsreformen haben die Macht einzelner lokaler Kader, das gilt in besonderem Maße für wohlhabende Regionen, nicht geschwächt, sondern erneuert: Verwaltungs- und Parteikader

¹ Shandong Volksradio, 24.6.1995, nach *SWB/FE*, 27.6.1995.

² Vgl. das Interview mit Partei- und Staatschef Jiang Zemin in: *Handelsblatt*, 4.7.1995; ferner Xinhua News Agency, 28.6.1995.

³ *Liaowang*, Beijing, Nr.46 (14.11.1994), S.13. Die Bemühungen der letzten beiden Jahre, die organisatorische Präsenz der KPCh in nicht-staatlichen Betrieben zu stärken, scheinen nur in wenigen Regionen erfolgreich zu sein. Shandong Volksradio, 24.6.1995, nach *SWB/FE*, 27.6.1995; Heilongjiang Volksradio, 8.11.1994, nach *SWB/FE*, 11.11.1994.

⁴ Zu diesem Komplex wird in Kürze meine detaillierte Studie "Auf dem Weg zu einer postkommunistischen Gesellschaftsordnung: 'Kaderkapitalismus' in der VR China" in der *Zeitschrift für Politik* erscheinen.

entscheiden darüber, welcher Unternehmer billige Kredite erhält, wer bestimmte Grundstücke oder Gebäude zur Nutzung überlassen bekommt, wer günstige Verträge abschließen darf und überhaupt wer politische Protektion genießt. Fast alle chinesischen Unternehmer, gleich ob sie Privat- oder Kollektivbetriebe leiten, sind auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit der Staats- und Parteibürokratie angewiesen. Die Abhängigkeit ist allerdings wechselseitig: Die privaten Zusatzeinkommen der Kader und die öffentlichen Haushalte der von ihnen verwalteten Gebietskörperschaften stützen sich auf die Gewinnabführungen profitabler Unternehmen. Verwaltungen und Unternehmen stehen somit in einem symbiotischen Verhältnis zueinander. Ihre Allianz gründet sich auf gemeinsame wirtschaftliche Interessen.¹

Diese informellen Strukturen haben ganz wesentlich dazu beigetragen, daß sich das Kommandosystem des kommunistischen Zentralstaates gelockert hat: Oft stehen die Verwaltungs- und Regierungsorgane der unteren Ebenen in einem Loyalitätskonflikt zwischen zentralstaatlichen Vorgaben und den vor Ort im Rahmen der lokalen Beziehungsgeflechte vorgebrachten wirtschaftlichen und politischen Interessen. Lokale Funktionäre sind bestrebt, ihre autonomen Gestaltungsspielräume auszuweiten und von Beijing auferlegte Beschränkungen und Regelungen, soweit möglich, zu umgehen. So ist im Phänomen des "Kaderkapitalismus" ein Paradox der chinesischen Wirtschaftstransformation beschlossen: Der chinesische Parteistaat ist in seiner unitarisch-hierarchischen Organisation zwar geschwächt. Seine Funktionäre verfügen aber in ihren jeweiligen Arbeits- und Lebensbereichen weiterhin über bedeutende Möglichkeiten zur Einflußnahme auf das wirtschaftliche Leben.

In der Entstehung der westlichen liberalen Demokratien haben die Mitsprache- und Abwehransprüche des Unternehmer- und Bürgertums gegenüber staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben eine herausragende Rolle gespielt. Eine solche politische Selbstbehauptung der Unternehmerschaft ist in der VR China trotz der dynamischen Entwicklung des nicht-staatlichen Wirtschaftssektors bisher nicht in Gang gekommen.

2.4. Partei und Gesellschaft: Vom leninistischen Kommandosystem zum autoritären Korporatismus

Obwohl der gesellschaftlichen Selbstorganisation in der VR China außerordentlich enge Grenzen gesetzt sind, unterliegt das Verhältnis zwischen Parteistaat und Gesellschaft doch weitreichenden Veränderungen. Die chinesische Gesellschaft ist als Folge des ökonomischen Umbruchs in einem tiefgreifenden Wandel begriffen, dessen politische Auswirkungen immer stärker spürbar werden. Indem die Parteiführung seit den achtziger Jahren auf ideologische Massenkampagnen als Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik weitgehend verzichtete und dadurch der politische Konformitätsdruck nachließ, ging die Kontrolle der KPCh über das Privatleben der Menschen allmählich zurück: Die Pluralisierung von Lebensformen, Wertvorstellungen und politischen Überzeugungen in der chinesischen Gesellschaft schreitet rasch voran.²

In diesem Zusammenhang stellen sich grundlegende Fragen: Ist die chinesische Gesellschaft auf dem

¹ Vgl. David Wank, "Private Business, Bureaucracy, and Political Alliance in a Chinese City", *Australian Journal of Chinese Affairs*, Issue 33 (Jan. 1995), S.55-71; Jean-Louis Rocca: "The New Elites", in: *China Review 1994*, Hongkong 1994, Kap.16, S.1-22.

Weg zur Selbstbehauptung gegenüber der Autorität von Partei und Staat? Oder kann sich die kommunistische Herrschaft ihrer Kontrolle über die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten noch sicher sein?

In den städtischen Ballungszentren ist der wirtschaftliche Umbruch von der Herausbildung neuer sozialer Kräfte (Unternehmerschaft, Mittelschicht) begleitet, aber auch von wachsenden sozialen Gegensätzen zwischen neureichen und verarmenden Bevölkerungsgruppen. Das städtische System der sozialen Kontrolle und Fürsorge, das durch die Allzuständigkeit der Basiseinheiten (*danwei*) begründet war, ist außerhalb des staatlichen Sektors der Wirtschaft in einem allmählichen Verfall begriffen.¹

Problematisch und potentiell explosiv ist die Situation der mehr als hundert Millionen Arbeitskräfte in staatlichen Betrieben. Ihre Arbeitsplätze und ihr sozialer Status sind wegen der mangelnden Konkurrenzfähigkeit und Profitabilität ihrer Betriebe häufig gefährdet. Da es sich um eine zuvor unter dem kommunistischen Herrschaft privilegierte Schicht handelte, ist die Verbitterung gegenüber der politischen Führung entsprechend groß. Die Einschätzung, daß die Wirtschaftsreformen zu schwerwiegenden sozialen Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen geführt hätten, ist nicht nur unter der Belegschaft von Staatsbetrieben verbreitet. Viele Chinesen sehen sich trotz des gestiegenen Lebensstandards durch Inflation, Arbeitslosigkeit oder Kriminalität bedroht und blicken mit Entrüstung und Mißgunst auf den luxuriösen Lebensstil, dem sich korrupte Kader und andere Neureiche hingeben können. Das Leitbild einer "sauberen" und zugleich "starken" Regierung, die für Ordnung und Ausgleich im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben sorgen soll, ist in weiten Teilen der Bevölkerung fest verankert. Der Kommunistischen Partei trauen nur noch wenige Chinesen zu, ein solches Leitbild in die Tat umzusetzen.²

In der ländlichen Gesellschaft haben der gigantische Arbeitskräfteüberschuß (offiziell rund 120 Mio. Arbeitskräfte) und die geringen Einkommenschancen in landwirtschaftlichen Tätigkeiten zu einer massenhaften Abwanderung in industrielle Zentren geführt. Nach offiziellen Angaben befinden sich zur Zeit etwa 80 Mio. auf der Wanderschaft.³ Inoffizielle Schätzungen setzen diese Zahl noch wesentlich höher an. Nachdem das frühere System der künstlichen Immobilität mit seiner eisernen Wohnsitzkontrolle gelockert worden ist, wirken als *Push*-Faktor der Arbeitskräfteüberschuß auf dem Land und als *Pull*-Faktor die Einkommenschancen in den prosperierenden Küstenregionen.⁴

Auf dem Lande selbst ist eine Renaissance archaischer, vormoderner Elemente (Clans, Geheimgesellschaften etc.) zu beobachten, die in einigen Regionen gesellschaftliche und politische Führungsfunktionen übernommen haben. Die KPCh hat in vielen ländlichen Gebieten einen

² Zum sozialen Wandel siehe David S.G. Goodman/Beverly Hooper (eds.), *China's Quiet Revolution: New Interactions Between State and Society*, New York 1994; Thomas Heberer, *Transformation des chinesischen Systems oder sozialer Wandel?*, Köln 1993 (= Berichte des BIOst, 28-1993); Gu Jieshan, *Dangdai Zhongguo liyi qunti de duowei toudi* (Mehrdimensionale Perspektiven von Interessengruppen im gegenwärtigen China), Harbin 1993.

¹ Zu den sozialen Folgen siehe Renate Krieg/ Monika Schädler (eds.), *Social Security in the People's Republic of China*, Hamburg 1994.

² Vgl. *Beijing zhi Chun*, 1994/10, S.45-46; *Kaifang*, Hongkong, 1994/10, S.16-18.

³ *RMRB*, 9./10./12.7.95; *Fazhi Ribao*, 12.7.95.

⁴ Vgl. Margot Schüller, "Ansturm auf die Städte: Regionalgefälle und Binnenmigration in China", in: *Nord-Süd aktuell*, 1995/7, S.254-260.

ausgeprägten Autoritätsverlust zu verzeichnen. Dies ist eine Folge der Entkollektivierung der Landwirtschaft, der Lockerung der Wohnsitzkontrolle und der Unzufriedenheit der Bauern mit ihrer Einkommensentwicklung. Da örtliche Regierungen gegenüber den Bauern darüber hinaus in den letzten Jahren häufig willkürliche Abgaben erhoben und öffentliche Mittel, die den Bauern zugute kommen sollen, zur privaten Bereicherung oder für Industrie- und Infrastrukturprojekte nutzen, kam es vor allem 1993 zu zahlreichen Bauernunruhen. Seitdem widmet die Beijinger Führung der Förderung von Landwirtschaft und ländlicher Industrialisierung größere Aufmerksamkeit.¹

In ländlichen Regionen können die Institutionen des Parteistaates häufig nur noch bis auf Kreisebene als stabil und funktionsfähig gelten. Auf Dorf- und Gemeindeebene hingegen schreitet die Erosion der Parteiinstitutionen voran und erzwingt neue Muster der politischen Lenkung. Die Beijinger Regierung hat begonnen, politische Reformen auf den Dörfern zu fördern, um die Stabilität des politischen Gefüges in ländlichen Regionen sicherzustellen. So wird seit den achtziger Jahren mit Direktwahlen von Dorfkomitee-Vorstehern experimentiert. Unter den in jüngster Zeit gewählten Dorfvorstehern sollen nur noch etwa die Hälfte der KPCh angehören. Allerdings sind Direktwahlen bisher nur in einem Teil der dörflichen Siedlungen Chinas durchgeführt worden.²

Mit ihren traditionellen Kontrollstrukturen, die auf einer erzwungen gesellschaftlichen Immobilität beruhen, kann die KPCh die gewaltigen Bewegungen und Veränderungen in der chinesischen Gesellschaft nur noch unzureichend regulieren. Bilden sich aber Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation heraus, die zu einer Bedrohung für das Machtmonopol der KPCh werden könnten?

Die vielfältigen gesellschaftlichen Vereinigungen, die seit den achtziger Jahren in China gegründet wurden (z.B. Unternehmer-, Ingenieurs-, Wissenschafts-, Verbraucherverbände) genießen in der Regel nur ein sehr beschränktes Maß an Autonomie gegenüber staatlicher Aufsicht: Jede Vereinigung muß sich unter einer staatlichen Vormundschaftsinstitution (*guakao danwei*) registrieren lassen; das Führungspersonal der politisch wichtigsten Verbände (etwa der Gewerkschafts- und Industrieverbände) wird von Parteiorganen bestimmt oder gar selbst gestellt. Deshalb besitzen chinesische Verbände in der Regel einen ausgeprägten parastaatlichen Charakter.³

Doch trotz der anhaltenden staatlichen Bevormundung hat sich das Verbändewesen der VR China im Vergleich zur Zeit vor Einleitung der Wirtschaftsreformpolitik grundlegend verändert: Während es vor 1978 in China nur einige wenige von der Partei installierte "Massenorganisationen" (Gesamtchinesischer Gewerkschaftsverband, Frauenliga etc.) gab, waren im Jahre 1993 schon 1.400 nationale Verbände von der Regierung genehmigt und registriert. Mit dem Aufbau eines vielgestaltigen Verbändewesens reagierte das kommunistische Regime auf die

¹ Zur gesellschaftlichen und politischen Entwicklung auf dem Lande siehe Thomas Heberer, "Die Folgen des ökonomischen Wandels".

² Kevin O'Brien, "Implementing Political Reform in China's Villages", *Australian Journal of Chinese Affairs*, Issue 31, 1994, S. 33-59; Gao Jie, "Lun woguo cunmin daibiaohuiyi zhidu" (Über das System der Dorfkongresse in unserem Land), *Faxue yanjiu*, 1995/ 2, S.17-20.

³ Siehe Wang Ying/Zhe Xiaoye/Sun Bingyao, *Shehui zhongjianceng: gaige yu zhongguo de shetuan zuzhi* (Die intermediäre Ebene der Gesellschaft: Reformpolitik und gesellschaftliche Vereinigungen in China), Beijing 1993. Jonathan Unger/Anita Chan: "China, Corporatism, and the East Asian Model", *Australian Journal of Chinese Affairs*, Issue 33 (Jan.1995), S.29-35.

zunehmende Differenzierung von Wirtschaft und Gesellschaft: Das leninistische Kommandosystem, in dem die Partei direkte Kontrolle über alle Wirtschaftszweige und gesellschaftlichen Schichten auszuüben beanspruchte, wandelt sich zusehends zu einem System des autoritären Korporatismus, das eine Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft mit Hilfe staatlich lizenzierter Verbandsorgane ausübt.¹

Festzuhalten ist, daß chinesische Verbände bisher nicht als intermediäre Institutionen zwischen Staat und Bürgern angesehen werden können, wie es die aus der europäischen und nordamerikanischen Erfahrung gewonnene Demokratietheorie vorzeichnet. Sie sind bislang nicht in der Lage, ein Gegengewicht gegen staatliche Autorität zu bilden und die Grundlagen für ein von staatlicher Kontrolle unabhängiges gesellschaftliches Leben zu legen.

Gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandel haben offenkundig zu einem Autoritätsverlust von Partei und Staat geführt. Dennoch erscheint der Weg zur Durchsetzung einer demokratischen Ordnung in China weit. Denn nur äußerst zaghaft entwickeln sich gesellschaftliche Kräfte, Schichten und Organisationen, die bereit und imstande sind, politische Freiheiten, Mitspracherechte und institutionelle Neuerungen zu erstreiten. Für die politische Durchsetzung und Konsolidierung einer Demokratie sind solche Kräfte unverzichtbar. Solange sie fehlen, werden autoritäre Formen der Herrschaftsausübung in China dominierend bleiben.

Der von der Reform- und Öffnungspolitik in Gang gesetzte wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel zieht offenkundig eine schrittweise Transformation, nicht jedoch eine einseitige Reduktion staatlichen Einflusses in Gesellschaft und Wirtschaftsleben nach sich. Während der Übergangsperiode zwischen sozialistischer Wirtschaft und Marktwirtschaft verfügt ein Großteil der am Wandel führend beteiligten sozialen Gruppen über enge Bande mit dem Parteistaat. Staatliche Instanzen und gesellschaftliche Kräfte arrangieren sich neu miteinander. Das vereinfachende Bild einer Konfrontation zwischen Staat und Gesellschaft, das der wissenschaftlichen Diskussion um eine chinesische "Zivilgesellschaft" zum Teil zugrundeliegt,² kann die komplexen Verflechtungserscheinungen im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in China nicht erfassen.

3. Stabilitätsfaktoren: Die Machtgrundlagen der kommunistischen Herrschaft

In den vorangehenden Abschnitten wurde gezeigt, daß die zentralisierten politischen Kontrollstrukturen der Kommunistischen Partei beträchtlichen Belastungen ausgesetzt sind. Zweifellos kann die Parteiführung in Krisensituationen auf einen mächtigen Repressionsapparat zurückgreifen. Die Allmacht der Partei wird jedoch offenkundig von den Wirtschaftsreformen erodiert. Die KPCh verfügt nicht mehr über die Requisiten ihrer früheren Macht: charismatische Führung, eine allgemein verbindliche offizielle Ideologie, Massenmobilisierung für die Ziele der politischen Führung, disziplinierte Partei- und Verwaltungsorganisation bis auf die untersten Ebenen. Korruption und

¹ Vgl. Unger/Chan, "China, Corporatism, and the East Asian Model".

² Siehe die kritischen Überblicksdarstellungen: Gu Xin: "A Civil Society and Public Sphere in Post-Mao China? An Overview of Western Publications", *China Information*, Vol. VIII, No.3 (Winter 1993-1994), S.38-52; Elizabeth J. Perry: "Trends in the Study of Chinese Politics: State-Society Relations", in: *The China Quarterly*, No.139 (Sept.1994), S.704-713, hier 705-707.

private Wirtschaftstätigkeit haben die politische Kontrolle durch die Partei unterhöhlt.

Was hält die kommunistische Herrschaft unter diesen Bedingungen gegenwärtig noch zusammen? Welches sind die Grundpfeiler des kommunistischen Regimes, die existentielle Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Herrschaft der KPCh besitzen? Drei übergreifende Gesichtspunkte seien im folgenden hervorgehoben: das Machtmonopol der Partei, der Zusammenhalt der zentralen Parteiführung und die in Partei und Gesellschaft verbreitete "Angst vor dem Chaos".

3.1. Das Machtmonopol der Partei

Die Kommunistische Partei ist weiterhin die einzige Organisation, über die man in China politische Macht erlangen kann. Die Partei kontrolliert über ihr Kadersystem sämtliche Führungspositionen in Staat und Militär. Aus Wirtschaft und Gesellschaft sind trotz vielfältiger Autonomisierungstendenzen bisher keine homogenen Eliten und tragfähigen Organisationsformen hervorgegangen, die kurzfristig eine Bedrohung für das Machtmonopol der Partei darstellen könnten.

Gegenüber neu entstehenden gesellschaftlichen Gruppen und Vereinigungen verfolgt die Partei bisher einen Kurs der korporatistischen Vereinnahmung. Politisch unerwünschte Gruppen aber sind weiterhin Zielscheibe massiver Repressalien. Zwar hat die Partei vor allem in manchen ländlichen Regionen die Kontrolle gegenüber den dortigen Clangemeinschaften, kultischen Geheimgesellschaften und kriminellen Organisationen verloren. Der politische Einfluß dieser Kräfte reicht aber bisher nur selten über einen engeren regionalen Rahmen hinaus. Somit sind zur Zeit keinerlei Organisationen, Vereinigungen, Bewegungen und gesellschaftlichen Kräfte innerhalb Chinas in Sicht, die mittelfristig eine Alternative zur Regierung der Kommunistischen Partei darstellen könnten. Die Partei ist angeschlagen, hat sich aber durch eine gezielte Repressionspolitik gleichsam unersetzlich gemacht.

3.2. Der Zusammenhalt der zentralen Parteiführung

Während auf den unteren Organisationsebenen der Parteihierarchie weitreichende Auflösungserscheinungen unübersehbar sind, können die Parteiorgane oberhalb der Kreisebene, vor allem aber auf Provinz- und nationaler Ebene als weitgehend funktionstüchtig und relativ straff organisiert eingeschätzt werden.¹ Von fundamentaler Bedeutung für den Zusammenhalt auf diesen Organisationsebenen ist die beachtliche Solidarität, die die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros und der Zentralen Militärkommission gegenwärtig in politischen Grundsatzfragen zeigen: Trotz des hohen Drucks, dem diese Gremien angesichts der Nachfolgeproblematik und der vielfältigen innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten ausgesetzt sind, zeichnet sich bislang keine Lähmung des Beijinger Entscheidungszentrums ab. Im Gegenteil: im Bereich etwa der staatlichen Finanzordnung und des Bankwesens konnten in den letzten beiden Jahren Reformen auf den Weg gebracht werden, die zur aktiven Zeit Deng Xiaopings an heftigen politischen Widerständen gescheitert waren.²

¹ Siehe auch Lu Jing, "Zhonggong weilai zhengju wendingxing fenxi" (Eine Analyse der Stabilität der künftigen politischen Lage der chinesischen Kommunisten), *Zhonggong yanjiu*, 1995/4, S.37-50.

² Sebastian Heilmann, "China's Efforts at Political Modernization", *ISEAS Trends* (Institute of South-East Asian Studies, Singapore), No.60, 1995 (August 26-27), S.4.

Die innenpolitische Lage in China ist im Vergleich zu politischen Konstellationen in vorangehenden Jahrzehnten durch eine "Verkehrung der Instabilitäten" gekennzeichnet. Einer instabilen, unruhigen Gesellschaft steht eine zur Zeit relativ stabile Beijinger Machtzentrale gegenüber. In früheren Jahrzehnten hatte sich dies meist umgekehrt verhalten: eine durch interne Konflikte zerrüttete Parteizentrale war die wichtigste Ursache der politischen Instabilität. Sollte die politische Zentrale in naher Zukunft durch interne Gegensätze ihres Zusammenhalts beraubt werden, ist allerdings eine umfassende Destabilisierung des gesamten Regierungssystems nicht auszuschließen.

3.3. Die Angst vor dem Chaos

In der Bevölkerung und selbst unter Parteimitgliedern wachsen die Zweifel daran, daß die kommunistische Führung die anstehenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Probleme bewältigen können. Eine flexiblere und erneuerungsbereite Regierungsform erscheint vielen angesichts der Geschwindigkeit des wirtschaftlichen und sozialen Wandels als wünschenswert. Die Schwierigkeit wird jedoch mit Blick auf die sozialen Verwerfungen innerhalb Chinas darin gesehen, einen solchen Systemumbruch ohne blutige innere Kämpfe und ohne schwere wirtschaftliche Rückschläge zu bewältigen. Daß ein umfassender innerer Ordnungszusammenbruch fatale Folgen nach sich ziehen kann, haben viele Chinesen älterer Jahrgänge in der Zeit der "Kulturrevolution" (1966-1976) zu spüren bekommen. Zu den traumatischen Erfahrungen aus jener Zeit kommt noch die Wirkung der "sowjetischen Lektion" hinzu: Die wirtschaftliche, soziale und politische Destabilisierung nach dem Untergang von KPdSU und Sowjetunion steht vielen Chinesen, besonders Parteimitgliedern und Militärs, als abschreckendes Beispiel vor Augen.

Die gesellschaftlichen Spannungen und Wanderungsbewegungen innerhalb Chinas lassen sich trotz einer außerordentlich großen wirtschaftlichen Dynamik und trotz einer autoritären Regierungsordnung schon heute kaum mehr im Zaum halten. Was aber passiert, wenn die politischen Kontrollstrukturen ganz wegbrechen und das Wirtschaftswachstum durch einen politischen Zusammenbruch zum Stillstand kommen sollte? Bedenken dieser Art bilden gegenwärtig eine der wichtigsten Stützen der kommunistischen Herrschaft in China: Die Angst vor dem Chaos wirkt systemstabilisierend und läßt vielen Chinesen eine Fundamentalopposition gegen die KPCh als zukunftsgefährdend erscheinen.

4. Szenarien der künftigen politischen Entwicklung

In den vorstehenden Abschnitten wurde verdeutlicht, wie weit der politische Wandel hinter den erstarrt wirkenden Fassaden der kommunistischen Einparteiherrschaft geht. Welche Zukunft haben die Kommunistische Partei und das von ihr dominierte politische System unter diesen Voraussetzungen? Wird die Partei unter den neuen Anforderungen zusammenbrechen oder wird sie etwa aus eigenem Antrieb die Erneuerung des politischen Systems vorantreiben?

Die folgenden drei Szenarien sind als heuristische Instrumente zu verstehen: sie dienen dazu, die Bandbreite alternativer Entwicklungsmöglichkeiten zu erfassen, indem Grundtendenzen der gegenwärtigen Entwicklungen in die Zukunft hinein fortgeschrieben werden. Diese Tendenzen weisen zum Teil in widersprüchliche Richtungen und lassen es geraten erscheinen, auf deter-

ministische Verengungen (Prognosen) zu verzichten, die meist eher auf das Wunschdenken des westlichen Betrachters als auf die Offenheit der politischen Entwicklung Rücksicht nehmen. So kann am Ende der folgenden Überlegungen nicht eine Prognose, sondern nur eine vorsichtige Einschätzung der Szenarien nach ihrer gegenwärtig absehbaren Plausibilität stehen. Die Reichweite der Szenarien ist auf mittlere Frist - also auf die nächsten fünf bis zehn Jahre - begrenzt.

4.1. Kollaps-Szenario: Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft und Zerfall Chinas

Sollte die zentrale Führung nach Deng Xiaopings Tod durch interne Auseinandersetzungen gelähmt werden, dann könnte es zu schwerwiegenden politischen Spaltungen kommen. Ein Machtvakuum in der Beijinger Entscheidungszentrale könnte dazu führen, daß die Partei binnen kurzer Frist auf allen Organisationsebenen in Flügel und Gruppierungen zerfällt, die sich offen befehlen. Ein großer Teil der einfachen Mitglieder würde vermutlich die Gefolgschaft aufkündigen und sich aus der Parteiorganisation spontan zurückziehen.

Die regionalen und sozialen Gegensätze, die sich im Laufe der Wirtschaftsreformen verstärkt haben, könnten im Kontext des Kollaps-Szenarios zu einer Welle von neuen Massenwanderungen, Protestbewegungen und ethnischen Konflikten wie auch zur Verselbständigung politischer und militärischer Cliques in den Provinzen führen. Anhaltende gewaltsame Auseinandersetzungen wären nicht auszuschließen. Auf die kommunistische Herrschaft in China folgte also keine politische Neuordnung oder gar Liberalisierung, wie sie im Westen von vielen erhofft wird, sondern ein umfassender Zusammenbruch der politischen und gesellschaftlichen Ordnung.

Im Falle eines Kollapses der Kommunistischen Partei könnten sich ähnliche Strukturen herausbilden, wie sie gegenwärtig in Teilen der Rußländischen Föderation zu finden sind. In einem postkommunistischen China werden aller Voraussicht nach auf der lokalen Ebene Machtstrukturen dominieren, die von einem dichten Beziehungsgewebe zwischen ehemaligen Parteifunktionären und Beamten der Wirtschaftsbehörden einerseits sowie Unternehmern und Bankleitern andererseits geprägt sind. Diese Strukturen werden nicht zu einer Öffnung oder gar Demokratisierung der politischen Ordnung beitragen, sondern eine Allianz zwischen alter Machtelite und neuer Wirtschaftselite begünstigen, die den Großteil der Bevölkerung ausschließt.

Die schon heute ausgeprägten lokalen Macht- und Korruptionsgeflechte, die durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen begründet sind, werden sich gegenüber politischen Krisen in der Parteizentrale voraussichtlich als ziemlich stabil erweisen. Es zeigt sich am Beispiel der lokalen "Familiengruppen" und "Parteien der Macht" in der heutigen Rußländischen Föderation, daß solche Strukturen durch den Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftssystems nicht zerstört, sondern in ihrer lokalen Machtstellung durch den Wegfall zentralisierter Aufsicht eher noch gestärkt werden.¹ Kurz: große Teile der chinesischen Nomenklatura werden sich auch im Falle eines

¹ Graeme Gill, *The Collapse of a Single-Party System: The Disintegration of the Communist Party of the Soviet Union*, Cambridge 1994, S.176, 182-184; Z.B. Bunin, A.S. Golovkov u. A.Ju. Šutov, "Wie die russische Provinz regiert wird", *Aktuelle Analysen des BIOst*, Nr.69/1994, Köln 1994; Irina Busygina-Thränert, "Machtkonzentration in den Händen der Exekutive in der rußländischen Provinz: Der Fall Primorje", *Aktuelle Analysen des BIOst*, Nr.75/1994, Köln 1994.

Systemzusammenbruchs voraussichtlich in komfortablen Positionen in die neue Zeit hinüberretten können.

Welche Folgen hätte aber ein Ordnungszusammenbruch im internationalen Zusammenhang? Im Falle einer abrupten Schwächung der politischen Kontrollstrukturen oder gar gewaltsamer innerer Auseinandersetzungen müssen Chinas Nachbarländer (vor allem die Staaten Südostasiens sowie Taiwan, Korea und Japan), aber auch attraktive Zielländer in Australien-Ozeanien, Nordamerika und Westeuropa mit einer riesigen Migrations- und Flüchtlingswelle rechnen. Der zur Zeit schon sehr hohe innerchinesische Bevölkerungs- und Wanderungsdruck wird im Falle eines Ordnungszusammenbruchs verstärkt über die Grenzen hinausgreifen.

Ein Zusammenbruch des kommunistischen Regimes wird im Falle gewaltsamer innerchinesischer Auseinandersetzungen zu schweren Rückschlägen für die meisten ausländischen Wirtschaftspartner führen. Die bisher in China getätigten rund 100 Mrd. US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen müßten zumindest vorerst abgeschrieben werden. Die asiatisch-pazifische Wachstumsregion, zu deren Dynamik das chinesische Wirtschaftswachstum ganz erheblich beiträgt, wird in ihrem Aufstieg zu einem neuen Gravitationszentrum der Weltwirtschaft zurückgeworfen.

Auch internationale bewaffnete Konflikte mit chinesischer Beteiligung sind im Rahmen dieses Szenarios nicht auszuschließen. Allein schon die Wanderungsbewegungen in die asiatischen Nachbarländer werden diese nicht ohne Gegenwehr hinnehmen können. Auch ist es möglich, daß sich innerchinesische politische und militärische Gruppierungen im Hinblick auf Taiwan zu einem Militärschlag entschließen, um für eine Außenablenkung der innenpolitischen Spannungen zu sorgen und um die nationalistische Karte innerhalb Chinas zu spielen. Auch für Hongkong kann eine Destabilisierung des kommunistischen Regimes fatale Konsequenzen haben, wenn die künftige Sonderverwaltungszone dem willkürlichen Zugriff durch südchinesische politische und militärische Machthaber ausgesetzt werden sollte. Dies hätte wegen der internationalen Bedeutung Hongkongs als Finanz- und Dienstleistungszentrum Rückwirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft.

4.2. Szenario der "Modernisierung von oben": Zentralisierte politische Steuerung und schrittweise institutionelle Erneuerung

Von Grundannahmen, die denen des Kollaps-Szenarios diametral entgegengesetzt sind, geht das Szenario einer "Modernisierung von oben" aus. Dieses Szenario beruht auf der Annahme, daß es einer Allianz technokratisch orientierter Partei- und Militärführer in Beijing gelingen kann, eine zentralisierte Steuerung des Transformationsprozesses durchzusetzen und sowohl die politische Einheit als auch die gesamtwirtschaftliche Stabilität aufrechtzuerhalten.¹

Zwar wird auch eine solche Führung am Machtmonopol der Partei festhalten. Aber die alten Kontroll- und Kommandostrukturen des kommunistischen Systems werden den Anforderungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels immer weniger gewachsen sein. Um der drängenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen (Inflation, Reform der Staatsbetriebe, Ausbau der Infrastruktur,

¹ Eine solche Strategie wird von der Mehrzahl der wissenschaftlichen Berater der Beijinger Führung befürwortet: Wang Shaoguang/Hu Angang, *Zhongguo guojia nengli baogao* (Bericht zur Leistungsfähigkeit des chinesischen Staates), Hongkong 1994; Wei Liqun (ed.), *Shichang jingji zhong de zhongyang yu difang jingji guanxi* (Wirtschaftsbeziehungen zwischen Zentrale und Regionen in der Marktwirtschaft), Beijing 1994.

interregionales Wirtschaftsgefälle) Herr zu werden, muß sich die chinesische Führung auf einen Kurs der schrittweisen institutionellen Erneuerung begeben, der sich am Modell der asiatischen Erfolgsländer Südkorea, Taiwan und Singapur in ihrer autoritären, wirtschaftlich erfolgreichen Herrschaftsphase orientiert.

In kleinen Schritten wird die politische Gestaltungsmacht zwischen Zentrale und Regionen neu verteilt: Staatliche Einnahmen und Aufgaben wie auch Regelungs- und Gesetzgebungskompetenzen werden durch eine Serie von Absprachen zwischen Beijing und regionalen politischen Führungen neu aufgeteilt. Diese schon 1994 mit der großen Finanzreform¹ in Gang gesetzte schleichende Föderalisierung Chinas wird einen Grad an wirtschaftlicher und sozialer Vielfalt gewähren, der einerseits den neuen Entwicklungen Rechnung trägt, andererseits aber die nationale Einheit nicht bedroht. Zugleich wird mit dieser Neuordnung der steigende politische Problem- und Protestdruck auf verschiedene staatliche Ebenen verteilt: Die Überlastung zentraler Entscheidungsinstanzen, wie sie für das chinesische Regierungs- und Verwaltungssystem bislang typisch ist, wird gelindert. Die regionale Mitsprache wird auf eine breitere und gesicherte Grundlage gestellt. Auch die unterentwickelten und bisher benachteiligten Regionen des chinesischen Inlands werden in die Entscheidungsfindung und Verantwortung der zentralen Führungsgremien (Politbüro und Zentralkomitee der KPCh) fest eingebunden. Die Schlichtung ethnischer Konflikte etwa in Tibet und Xinjiang wird im Rahmen eines dezentralisierten, quasi-föderalen Systems mit größerem Erfolg betrieben.

Eine umfassende "Ent-Leninisierung" kommt durch eine Reihe unspektakulär erscheinender institutioneller Reformen in Gang. Es entwickeln sich neue Organisationsmuster und Entscheidungsverfahren, wie sie etwa bei der stückweisen Preisgabe des Machtmonopols durch die leninistisch organisierte Nationale Partei (Guomindang/ KMT) auf Taiwan zu beobachten war. In ähnlicher Weise wird sich die Kommunistische Partei Chinas zu einer Hegemonialpartei entwickeln, die durch eine Vielfalt innerparteilicher Gruppierungen ("Faktionen") gekennzeichnet ist, ohne daß nach außen das Machtmonopol der übergeordneten Parteiorganisation preisgegeben würde.

In absehbarer Zeit wird mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen innerhalb Chinas der Druck hin auf politische Liberalisierung und demokratische Öffnung steigen. Zunächst setzt die politische Führung die Repressionsorgane gegen jede Form der Opposition ein. Auf Dauer kann sie aber der Vielfalt der gesellschaftlichen und politischen Interessen nicht mehr mit Gewalt Herr werden. Die Konkurrenzahlen zwischen verschiedenen Kandidaten, die schon heute auf Dorfebene und bei der Konstituierung der Volkskongresse auf Gemeinde- und Kreisebene gelegentlich stattfinden, werden nach langwierigen, zähen Auseinandersetzungen schließlich über die Provinzparlamente bis hinauf zur nationalen Volksvertretung ausgedehnt. Aus gesellschaftlichen Oppositionsgruppen und aus der Kommunistischen Partei selbst heraus entstehen neue Parteien, die um die Macht konkurrieren. Am Schluß steht der allmähliche Aufbau der Institutionen eines demokratischen, föderalen Verfassungsstaates.

Die westlichen und ostasiatischen Staaten werden aus der Sicht dieses Szenarios mit der am ökonomischen Erfolg orientierten, rational agierenden chinesischen Führung kooperieren können.

¹ Siehe Chung Jae Ho, "Beijing Confronting the Provinces: The 1994 Tax-Sharing Reform and its Implications for Central-Provincial Relations in China", *China Information*, Vol.IX, Nos.2/3 (Winter 1995), S.1-23.

Das globale wirtschaftliche, militärische und politische Gewicht Chinas wird dank der gestärkten zentralisierten Führung rasch wachsen. Falls die innenpolitische Mäßigung und Ent-Leninisierung des Herrschaftssystems bis dahin vorangekommen ist und China in ein Netz weltweiter multilateraler Abkommen eingebunden sein sollte, wird China eine konstruktive Rolle in den internationalen Beziehungen spielen können.

Falls eine solche Einbindung nicht vorankommt, wird der Supermacht-Kandidat China seine Macht gelegentlich dazu benutzen, chinesische Interessen auch gegen den Willen anderer Staaten durchzusetzen. Der weltpolitische Aufstieg Chinas wird unter diesen Umständen von anhaltenden Handelskonflikten, diplomatischen Konfrontationen oder gar von begrenzten militärischen Auseinandersetzungen (Territorialstreitigkeiten, Taiwan-Frage) begleitet werden. Dies könnte die ostasiatischen Nachbarstaaten inklusive Japans, zusehends aber auch Rußland und die Vereinigten Staaten zu einer Neuorientierung in ihrer Außen- und Allianzpolitik zwingen. Die Eindämmung der Machtansprüche Chinas könnte zu einem Brennpunkt der Weltpolitik werden.

4.3. Szenario des permanenten Krisenmanagements: Schwächung zentralisierter Steuerung und strukturelle Instabilität des politischen Systems

Ein drittes Szenario geht davon aus, daß die wirtschaftlichen Strukturbedingungen und der hohe politische Problemdruck eine zentralisierte Steuerung und politisch kontrollierte Modernisierung dauerhaft unmöglich machen können. Die schwierigen Fragen etwa der sozialen Sicherung, der ländlichen Gesellschaft und Agrarwirtschaft, der Umstrukturierung der Staatsunternehmen, der Korruption, der Inflation sowie der Umweltzerstörung werden noch über Jahre hinaus einen immensen Konfliktstoff bieten. Viele dieser Konflikte werden nicht ohne größere politische Auseinandersetzungen und wirtschaftlich-soziale Einbrüche zu bewältigen sein.

Auch die Spannungen innerhalb der KPCh, die sich um die Machtverteilung zwischen Zentrale und Regionen sowie um die regionalpolitischen Gewichtungen des Modernisierungsprogramms drehen, deuten darauf hin, daß eine einvernehmliche, stetige Modernisierungspolitik kaum möglich sein wird. Die starken Zwänge zur Kompromißfindung und zum regionalen Ausgleich in Wirtschafts- und Finanzpolitik werden eine geradlinige, zentralisierte politische Steuerung unmöglich machen. Die zentralstaatlichen Machtbefugnisse werden angesichts zusehends offensiverer Forderungen der Regionen noch stärker eingeschränkt als bisher. Der Verfall des organisatorischen Zusammenhalts der Kommunistischen Partei wird durch diese Entwicklungen weiter beschleunigt.

Aufgrund dieser Überlastung mit einer Fülle drängender Anforderungen werden die politischen Institutionen Chinas kaum imstande sein, einen stabilen Rahmen für die Modernisierung des Landes zu bieten. Mittelfristig wird sich ein gefestigtes Regierungs- und Rechtssystem nicht herausbilden können. So wird die chinesische Politik in wahrscheinlich noch ausgeprägterer Form als heute in den kommenden fünf bis zehn Jahren aus einem permanenten Krisenmanagement bestehen.

Für das Ausland wird China im Kontext dieses Szenarios ein schwieriges, unsicheres Terrain bleiben. Soziale und politische Instabilität wie auch regionale Differenzierung werden China für die internationale Politik und Wirtschaft zu einem schwer berechenbaren Partner machen. Ein langfristiges wirtschaftliches Engagement in China wird weiterhin mit erheblichen Risiken behaftet

sein. Die chinesische Außenpolitik wird sich unter instabilen inneren Voraussetzungen nur schwer auf einen verlässlichen Kurs der internationalen multilateralen Zusammenarbeit festlegen können.

4.4. Einschätzung der Szenarien und Ausblick

Aus heutiger Sicht besitzt das dritte Szenario des "permanenten Krisenmanagements" die größte Wahrscheinlichkeit. Denn zur Zeit zeichnen sich weder ein vollständiger Ordnungszusammenbruch noch eine dauerhafte innere Stabilisierung Chinas ab. Trotz des unbewältigten Reformdrucks erscheint es gegenwärtig unwahrscheinlich, daß das kommunistische Regime nach dem Tod Deng Xiaopings abrupt kollabieren wird oder durch eine Volksbewegung gestürzt wird. Zur Systemerhaltung tragen mehrere in den ersten drei Kapiteln dieser Studie näher erläuterte Faktoren bei: der relativ starke Zusammenhalt in der Beijinger Führung; die Verankerung der KPCh in der Volksbefreiungsarmee; die in Bevölkerung und Parteimitgliedschaft verbreitete Angst vor einem umfassenden Ordnungszusammenbruch; das Fehlen einer organisatorischen Alternative zur Kommunistischen Partei.

Die Bereitschaft zur offenen Revolte gegen das kommunistische Regime ist gegenwärtig auf einzelne soziale Gruppen begrenzt, die die Parteiführung durch eine Mischung aus wirtschaftlichen Zugeständnissen (etwa im Falle der Arbeiterschaft in Staatsbetrieben) und harter Repression (im Falle organisierter politischer Opposition) im Zaum zu halten sucht. Zur Zeit gibt es auch keine Ansätze zu einer programmatisch oder personell zusammenhängenden Oppositionsbildung innerhalb der KPCh. Ebenfalls keine konkreten Anhaltspunkte gibt es für eine mögliche Zersplitterung der Partei in regionale Ableger und eine Machtübernahme durch Allianzen aus abtrünnigen Parteikadern, Militärs und Unternehmern in einzelnen Provinzen.

Grundsätzlich ist das sowjetische Szenario des staatlichen Zerfalls auf den chinesischen Kontext kaum anwendbar: Im Vergleich zur ehemaligen Sowjetunion (mit einem Anteil an nicht-russischen ethnischen Gruppen von nahezu fünfzig Prozent) kann China mit einem Minderheitenanteil von insgesamt gerade acht Prozent als ethnisch überwiegend homogen angesehen werden. Die Leitvorstellung der Reichseinheit ist in der chinesischen Gesellschaft und politischen Elite fest verankert. Die Einheit Chinas wird von einer starken patriotisch-nationalistischen Grundströmung getragen.

In den Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten wie Tibet und Xinjiang ist die Situation verschieden: Dort werden mit einer weitergehenden Schwächung der Beijinger Zentralgewalt vermutlich separatistische Bewegungen größeren Ausmaßes als bisher in Gang kommen. Aufgrund der geographischen und politischen Randlage dieser Regionen ist es jedoch unwahrscheinlich, daß dortige Sezessionsbestrebungen auf das chinesische Kerngebiet übergreifen.

Auch wenn die nationale Einheit Chinas somit nicht grundsätzlich gefährdet scheint, so wird sich die Tendenz zu einer stärker regionalisierten Herrschaftsorganisation trotz der jüngsten Rezentralisierungsbemühungen wahrscheinlich fortsetzen. Denn innerhalb Chinas sind regional völlig unterschiedliche Voraussetzungen für die wirtschaftliche, soziale und politische Modernisierung entstanden. Während sich in den östlichen Küstenregionen Vorgänge abzeichnen, die Analogien zu früheren Stadien der Entwicklung etwa in Taiwan nahelegen, können sich die armen

Regionen im Inland und an der Peripherie nur schwer aus Rückständigkeit und Despotismus lösen.

So ist damit zu rechnen, daß sich innerhalb Chinas zukünftig noch ausgeprägtere regionale Sonderentwicklungen nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern möglicherweise auch im Bereich der politischen Strukturen - zwischen "Provinzdespotismus" und "Provinzparlamentarismus" - herausbilden könnten. Ansätze zu solchen politischen Differenzierungen deuten sich heute schon an: In prosperierenden Küstenprovinzen wie Zhejiang oder Guangdong, wo der Wandel unter den politischen Eliten und in der Gesellschaft besonders rasch voranschreitet, zeigen sich erste zaghafte Ansätze zu einer institutionellen Erneuerung. Dort sind in den letzten Jahren begrenzte Reformen im Verhältnis zwischen Regierungsorganen und Volkskongressen in Gang gekommen: Die Aufsichts- und Kontrollbefugnisse der Volkskongresse sind gestärkt worden. Dies wird allerdings in Beijing und in den betroffenen Provinzen nicht als Schritt zur Demokratisierung, sondern als Maßnahme zur Effizienzsteigerung des Institutionensystems verstanden: Korruption, Amtswillkür und mangelnde Haushaltsdisziplin auf den unteren Ebenen des Regierungssystems tragen aus der Sicht Beijings wesentlich zur Destabilisierung von Gesellschaft und politischem System bei; diese Mißstände sollen mit Hilfe der Volkskongresse eingedämmt werden.¹ Zusätzliche Impulse für eine politische Erneuerung, die von den wohlhabenden, international ausgerichteten Küstenregionen Chinas ausgeht, könnte auch die Integration Hongkongs in den chinesischen Staat nach 1997 geben. Der Einfluß Hongkongs auf das gesellschaftliche und kulturelle Leben in Südchina ist heute schon außerordentlich groß.² Die gegenwärtigen und künftigen politischen Auseinandersetzungen, die sich um die Sicherung demokratischer Mitspracherechte für die Hongkonger Bevölkerung in der Zeit nach 1997 drehen, werden zumindest im Hinterland Hongkongs nicht ohne Wirkung bleiben.

Angesichts der tiefgreifenden Herausforderungen, denen sich das chinesische politische System in den kommenden Jahren stellen muß, wird deutlich: Die politischen Eliten Chinas müssen eine wesentlich größere Bereitschaft zu politisch-institutionellen Reformen zeigen als in den vergangenen sechzehn Jahren, um die Transformation des politischen und gesellschaftlichen Systems ohne einen katastrophalen Ordnungszusammenbruch zu bewältigen. Das bestehende Regierungssystem mit seinen leninistischen Kommando- und Kontrollstrukturen ist von der wirtschaftlichen Entwicklung überholt worden und wird den Anforderungen des Systemumbruchs auf Dauer nicht gewachsen sein.

¹ Im Detail siehe *China aktuell*, 1995/6, Übersicht 9.

² Vgl. Kuan Hsin-chi, "Hong Kong and Guangdong: Greater China or Greater Hong Kong", in: Dieter Cassel/Carsten Herrmann-Pillath (eds.), *The East, the West, and China's Growth: Challenge and Response*, Baden-Baden 1995, S.207-232.

Sebastian Heilmann

**The Chinese Communist Party on the Brink of Collapse?
Political Consequences of Economic Reforms
and the Future of Communist Rule in China**

Bericht des BIOst Nr. 58/1995

Summary

Introductory Remarks

The subject of the present study is the status of the Chinese Communist Party (CCP) in a rapidly changing economic and social environment. The first chapter is dedicated to structural change within the Party and examines organisational and ideological changes at the various levels of the Party hierarchy. The second part investigates the extent to which the Communist Party's monopoly on power and structures for controlling the state institutions, the military, the economy and society are undergoing fundamental modifications. A third section recapitulates the power basis on which communist rule is built as the background to a final part which traces the trends arising out of the deep-going economic, social and political change in China. For this purpose, the study puts forward a number of future scenarios covering the range of potential alternative courses of development.

Speculations as to future personnel policy are not the subject of this study. Instead, the author attempts to identify processes of structural change and lines of development which are highly likely to remain effective beyond any short-term personnel changes.

Findings

- 1. The transformation of the Chinese economy into a decentralized market and export-orientated system is being accompanied by a gradual relaxation of the CCP's political and ideological control structures. The Communist Party's centralized command hierarchy is being visibly weakened by corruption, political disloyalties and a crisis of ideological orientation.*
- 2. The Party organisation and its officials have taken on new political functions and interests as a result of the economic reforms: ideological control is giving way more and more to management of the ongoing economic transformation. This trend, on the one hand, promotes the evolution of political institutions that are flexible and oriented towards the economy, but, on the other hand, it fosters the emergence of wide-ranging corruption structures.*
- 3. The mechanisms of political control over the economy and society are undergoing a gradual transformation: the old regime of direct Party control is increasingly being replaced by new, indirect forms of authoritarian-corporatist supervision. Chinese officialdom is coming to terms with the newly emerging forces of the economic society: the peculiar feature of Chinese "cadre capitalism" - the close mutual links between state institutions and officials on the one hand and the economy and business on the other - is present in different manifestations in all sectors of the economic system.*

4. *Major potentials for unrest and tension are evident within the Chinese society. However, the propensity to open revolt against the communist regime is for now limited to certain social groups which the Party leadership is able to keep in check by means of a combination of economic concessions and severe repression. Social forces that might be capable of campaigning for political participation and institutional innovation have been evolving only extremely timidly in China up to now.*
5. *The nature of the Party's control over the economy and society has changed. Nevertheless, the inherited Leninist control structures remain firmly in place in the fields of cadre and personnel policy (the nomenklatura system), domestic security (Party control over the judiciary and security apparatus), and military policy (the political commissar system). At the most important command levels within the army the structures of Party control still remain intact and capable of maintaining permanent supervision over military activities.*
6. *The central Party leadership in Beijing is currently displaying strong cohesion. The long-awaited serious disputes over the succession to Deng Xiaoping have failed to materialize to date. The change of generation in the national leadership can be considered to have been essentially brought to its conclusion in 1994. Responsibility for day-to-day business now rests without restriction on the shoulders of the younger, technocratic leadership generation around Party Secretary General Jiang Zemin.*
7. *Three scenarios illustrate the range of possible future courses of development in the People's Republic of China: a) the "collapse scenario" (breakdown of the communist rule and the disintegration of China), b) the "modernization from above scenario" (centralized political steering and step-by-step institutional refurbishment), and c) the "permanent crisis management scenario". From today's perspective, the permanent crisis management scenario is the most likely one: at present there are no signs of a complete collapse of public order nor of a lasting domestic stabilization in China. Because of reluctance to tackle radical institutional reforms and in the light of extremely high political pressures emanating from acute problems (social security issues, agricultural sector, state-owned industry, corruption, environmental degradation, etc.), it is unlikely that a well-founded government and legal system will be able to establish itself in China even in the medium term. Apart from that, even more pronounced regional diversifications will probably evolve within China in the future, not only in the economic sector but possibly also in the realm of political structures. Persistent social and political instability and regional differentiation are going to make China a rather unpredictable partner in international politics and the world economy.*